

alsBuch_online
Working Papers

Forschungen

Ulf Hahne (Hrsg.)

F1/2007

Ulf Hahne, Hans-Georg Sigel, Christian Vieth

**Demographischer Wandel
im Werra-Meißner-Kreis
Die Sicht kommunalpolitischer Akteure**



Impressum:

alsBuch_online

Working Papers Forschungen

Hrsg.: Ulf Hahne

Universität Kassel

Fachbereich Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung

Henschelstraße 2

D-34109 Kassel

<http://www.isp.uni-kassel.de>

Demographischer Wandel im Werra-Meißner-Kreis – Die Sicht kommunalpolitischer Akteure

**Im Auftrag des
Vereins für Regionalentwicklung
Werra-Meißner e.V. (Eschwege)**

Kassel, im Mai 2006

Prof. Dr. Ulf Hahne
Dipl.-Ing. (FH) Hans-Georg Sigel
Dipl.-Ing. Christian Vieth
Universität Kassel
Fachbereich 06 Architektur,
Stadtplanung, Landschaftsplanung
Fachgebiet Ökonomie der
Stadt- und Regionalentwicklung
Henschelstraße 2
D-34127 Kassel

e hahne@uni-kassel.de
t (0561) 804-3076
f (0561) 804-2390

www.oekonomie-regionalentwicklung.de

Inhalt

1	Die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst	5
2	Hintergrund.....	11
3	Methodische Vorgehensweise	15
3.1	Quantitative Befragung.....	15
3.2	Qualitative Befragung	17
3.3	Gliederung des Berichts	17
4	Demographischer Wandel: Auswirkungen und Handlungsperspektiven aus lokaler Sicht	19
4.1	Bedeutung des demographischen Wandels	19
4.2	Kommunale Handlungsfelder	22
4.3	Seniorenpolitik und Altenplanung	25
4.4	Kinder – und Familienpolitik	27
4.5	Kommunale Finanzen.....	29
4.6	Interkommunale Kooperation	31
4.7	Leitbild / Kommunales Profil	36
4.8	Unterstützungsbedarf	38
4.9	Zusätzliche Aspekte aus der Bürgermeister-Befragung	39
5	Schlussfolgerungen und Empfehlungen	47
5.1	Leitbilder zur Siedlungsentwicklung.....	48
5.2	Verkehr und Mobilität.....	50
5.3	Arbeit und Wirtschaft	52
5.4	Seniorenpolitik und Altenplanung	53
5.5	Kinder- und Familienpolitik	54
5.6	Bürgerschaftliches Engagement.....	55
5.7	Kommunale Finanzen.....	56
5.8	Interkommunale Kooperation	57
5.9	Schlussempfehlungen	59
6	Literatur.....	61
7	Anhang: Fragebogen	63

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung Bundesrepublik Deutschland 1990-2001.....	11
Abb. 2: Bevölkerungsprognose im Werra-Meißner-Kreis bis 2050	12
Abb. 3: Bevölkerung im Werra-Meißner-Kreis 1995-2050 nach Altersgruppen	12
Abb. 4: Einfluss des demographischen Wandels auf die Entwicklung der Kommunen.....	19
Abb. 5: Ist Ihre Kommune in der Lage, mit den Auswirkungen des demographischen Wandels umzugehen?	20
Abb. 6: Notwendige Maßnahmen zur Bewältigung des demographischen Wandels	21
Abb. 7: Wohnen und öffentliche Infrastruktur	22
Abb. 8: Handlungsfelder Bildung, Familie, Senioren, Soziales, Kultur	23
Abb. 9: Handlungsfelder Verwaltung und Kooperation.....	24
Abb. 10: Aktueller Stellenwert der Seniorenpolitik und Altenplanung in der Kommune	25
Abb. 11: Handlungsfelder für eine moderne Seniorenpolitik und Altenplanung	26
Abb. 12: Handlungsfelder einer modernen Kinder- und Familienpolitik	28
Abb. 13: Bewertung der gegenwärtig finanziellen Situation der Kommune.....	29
Abb. 14: Erkenntnisse aus interkommunaler Zusammenarbeit.....	32
Abb. 15: Wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche interkommunale Zusammenarbeit	33
Abb. 16: Anlässe für eine künftige interkommunale Zusammenarbeit	34
Abb. 17: Mögliche Handlungsfelder für eine interkommunale Zusammenarbeit.....	35

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Räumliche Verteilung der Antworten.....	15
Tab. 2: Können heutige öffentliche Leistungen auch noch in Zukunft erbracht werden?	30

1 Die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst

Der demographische Wandel hat den Werra-Meißner-Kreis erreicht. Der Kreis gehört in den alten Bundesländern zu den „Vorreitern“, weil er schon jetzt einen deutlichen Rückgang der Bewohnerzahlen und eine sichtbare Überalterung der Bevölkerung vorzuweisen hat. Im Unterschied zu den neuen Bundesländern hat die Region es jedoch nicht mit einem plötzlichen Einbruch der Einwohnerzahlen zu tun, sondern mit einem allmählichen Prozess, der mehr und mehr sichtbar wird und Handlungsansätze *heute* erfordert, um die Probleme der Zukunft nicht so groß werden zu lassen, dass sie kaum mehr bewältigt werden können. Die aktuelle Situation und die künftigen Entwicklungen stellen die Städte und Gemeinden der Region vor große Herausforderungen.

Eine Befragung der Fraktionsspitzen der Kommunalparlamente und der Bürgermeister sollte Bewusstseinsstand, Reaktionsmöglichkeiten und Handlungsperspektiven aus Sicht der kommunalen Entscheidungsträger wiedergeben. Die Befragung wurde vom Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner e.V. in Auftrag gegeben.

Es wurden alle 62 kommunalpolitischen Fraktionen der Städte und Gemeinden im Werra-Meißner-Kreis sowie die 16 Bürgermeister mit einem ausführlichen schriftlichen Fragebogen befragt. Der Rücklauf betrug 41 Fragebögen oder 52,3 %. Zusätzlich wurden alle Bürgermeister vertiefend mündlich befragt.

Bedeutung des demographischen Wandels

- Mit nur einer Ausnahme geben alle Befragten an, dass der demographische Wandel einen großen oder sehr großen Einfluss auf die Entwicklung ihrer Kommune haben wird. Allerdings geben nur 70 % der Interviewten an, die unmittelbar möglichen Folgen des demographischen Wandels für ihre Kommune zu kennen. 37 der Befragten sind die Bevölkerungsprognosen für ihre Kommune bzw. für den Werra-Meißner-Kreis bekannt.
- Das Thema demographischer Wandel ist den Fraktionen allgemein bekannt, allerdings ist es noch nicht allgemein ins Bewusstsein der Bevölkerung, aber auch der kommunalen Mandatsträger gerückt: Weniger als die Hälfte der Befragten gibt an, sich in den kommunalen Gremien schon einmal mit der Thematik beschäftigt zu haben.

Gestaltungsfähigkeit und Lösungsansätze auf kommunaler Ebene

- Der Großteil der Befragten (87 %) äußert, nur mit Schwierigkeiten dem demographischen Wandel begegnen zu können. Wenige fühlen sich in der Lage, den Auswirkungen mit wenigen oder gar keinen Problemen zu begegnen. Ein Drittel gibt sogar an, nur mit großen Schwierigkeiten oder gar nicht mit den künftigen Entwicklungen Schritt halten zu können.
- Bei den Lösungsansätzen sehen die interviewten Kommunalpolitiker die Verbesserung der finanziellen Ausstattung ihrer Kommune an erster Stelle. An zweiter Stelle stehen die Schärfung des öffentlichen Bewusstseins und die Möglichkeit zu mehr interkommunaler Zusammenarbeit. Die externe Unterstützung bei der Entwicklung von Handlungskonzepten wie die Moderation von Entwicklungsprozessen wird positiv befürwortet. In der Verbesserung der Personalausstattung der Kommunen sehen die Befragten nur geringe Chancen, um damit dem demographischen Wandel besser begegnen zu können.

Kommunale Handlungsfelder

- Der demographische Wandel hat Auswirkungen auf eine Fülle kommunaler Handlungsfelder und Themen. Bei einigen Ergebnissen der Themenfelder sind die Antworten der Kommunen überraschend. So sind etwa die Chancen privat-öffentlicher Partnerschaften offenbar noch nicht genügend ins politische Bewusstsein vor Ort gerückt. Andererseits sind Themen wie die Bedeutung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Thema für familienfreundliche Kommunen voll angekommen.
- Besonders fällt aber die Einschätzung der geringen Gestaltbarkeit bei vielen Themen ins Auge: Gerade bei originär von der Kommune mit zu gestaltenden Aufgaben wie der Wohnungspolitik und Stadtentwicklung, aber auch Fragen der Privatisierung wäre ein aktives Aufgreifen durch die Kommunen notwendig.

Seniorenpolitik und Altenplanung

- Der aktuelle Stellenwert der Senioren- und Altenpolitik in den Kommunen ist noch nicht besonders hoch, allerdings sind die Maßnahmen der einzelnen Kommunen auch nicht überall bekannt. Im Bewusstsein des demographischen Wandels messen die befragten Kommunalvertreter den Handlungsfeldern einer künftigen Seniorenpolitik und Altenplanung ein großes bis sehr großes Gewicht bei.

Kinder – und Familienpolitik

- Während die Seniorenpolitik erst einen geringen Stellenwert erreicht hat, steht die Kinder- und Familienpolitik bei den Kommunalpolitikern an oberster Stelle der Agenden. Die Erhöhung der Familienfreundlichkeit zielt auf die Wohnattraktivierung der Gemeinden. Maßnahmen zur bedarfsgerechten Kinderbetreuung sollen zudem zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie führen. Mit diesen zentralen Handlungsfeldern versuchen die Kommunen im Werra-Meißner-Kreis, für ihre Bewohner eine hohe Bleibequalität zu sichern und sich für Neubürger attraktiv zu machen.

Kommunale Finanzen

- Die finanzielle Problematik ist den Kommunalpolitikern vollständig bewusst. Als Lösungsvorschläge setzen sie vor allem auf Einsparungen, doch für den Erhalt wichtiger Basisinfrastrukturen und Leistungen wird eine höhere Belastung für die Bürger als unumgänglich angesehen. Anders als im allgemeinen Teil beantwortet, sehen die Kommunalpolitiker in der Privatisierung kommunaler Aufgaben eine künftige Möglichkeit zur Gestaltung des örtlichen Leistungsangebots.

Interkommunale Kooperation

- 92 % der Befragten sehen in interkommunaler Kooperation ein geeignetes Mittel zur Bewältigung kommunaler Aufgaben und Probleme. Eine Betrachtung nur der Bürgermeisterantworten ergibt, dass 14 der 16 Bürgermeister interkommunalen Kooperationen positiv gegenüberstehen.
- Interkommunale Zusammenarbeit ist kein Selbstzweck: Die Befragten nennen ein ausgewogenes Kosten-Nutzen-Verhältnis und das Erzielen eines Mehrwerts als wesentliche Bedingungen für die Zusammenarbeit.
- Noch weniger wichtig erscheint den Befragten eine externe Moderation des Prozesses der interkommunalen Zusammenarbeit. Dies ist ein erstaunliches Ergebnis, lässt aber auf bisherige Erfahrungen in eher konsensualen Feldern der interkommunalen Zusammenarbeit schließen. Denn in Konfliktfeldern ist externe Moderation unumgänglich.

Handlungsfelder, die eine interkommunale Zusammenarbeit nahezu ausschließen, sind aus Sicht der Akteure die Dorfgemeinschaftshäuser, die gemeinsame Versorgung mit Wohnraum und die Etablierung von interkommunalen Wohngebieten. Diese Tabufelder zeigen die *derzeitigen* Grenzen der Kooperationsbereitschaft der Kommunen im Werra-Meißner-Kreis an. Gemeinsame Überlegungen zur künftigen Siedlungsentwicklung kann man sich vorstellen, doch wenn es letztlich um ureigenste Aufgaben kommunaler Planungshoheit wie die Ausweisung von Wohngebieten geht, hört die Kooperationsbereitschaft auf.

Leitbild / Kommunales Profil

- Leitbilder zur Kommunalentwicklung sind in den wenigsten Kommunen des Werra-Meißner-Kreises vorhanden.
- Ein eigenes, speziell auf die Veränderungen durch den demographischen Wandel abstellendes Leitbild oder Profil für die überregionale Standortwerbung hat bisher keine der Kommunen im Werra-Meißner-Kreis entwickelt.

Unterstützungsbedarf

- Unterstützung fordern fast alle Befragten ein. Entgegen der Aussagen im Kapitel „Interkommunale Kooperation“ wird hier eine externe Beratung oder Moderation für die Entwicklung interkommunaler Prozesse gefordert. Ein weiterer Wunsch ist die externe Hilfestellung bei der Entwicklung von Projekten.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

In den Schlussfolgerungen und Empfehlungen werden Handlungsschritte für die Gestaltung der Entwicklungsprozesse aufgezeigt. Startbedingungen dafür sind:

- Informationen und Beratung für Entscheidungsträger
- Sensibilisierung der Bevölkerung
- Moderation und Beratung für die Kommunen

Über diese allgemeinen Ansätze hinausgehend sind inhaltliche Schritte notwendig, um die Städte und Gemeinden im Werra-Meißner-Kreis kreativ und zukunftsorientiert mit dem demographischen Wandel umgehen zu lassen:

Leitbilder zur Siedlungsentwicklung

Die bisherigen auf Bevölkerungswachstum ausgerichteten Leitbilder der Siedlungsentwicklung mit Ausweisung von Bauplätzen in allen, auch allen dezentralen Ortsteilen muss abgelöst werden durch eine neue Strategie, die auf Konzentration, Rückbau und Attraktivierung der Kernorte setzt. Dazu sind u.a. nötig:

- Anpassung der Wohngebietsausweisungen auf künftige Bedarfe
- Durchführung von Leerstandskartierungen
- Gezielter Rückbau
- Öffentliche Information und Diskussion über die Kostenwahrheit dezentraler Siedlungseinheiten
- Entwicklung von Siedlungsleitbildern in regionaler Perspektive.

Verkehr und Mobilität

Das Angebot an Verkehrsinfrastruktur ist zu konzentrieren und zu flexibilisieren. Ziel muss es sein, die Lebensqualität und Mobilität der Bürger zu erhalten und zu verbessern (bspw. Verkehrsberuhigung, Maßnahmen zur Verminderung von Feinstaubbelastung, Umgehungsstraßen). Die Fixpunkte des Angebotes öffentlicher Verkehrsdienstleistungen sind festzulegen, Ergänzungsangebote sind mit flexiblen Mitteln unter Einbeziehung des Bürgerengagements zu entwickeln.

Arbeit und Wirtschaft

Die Handlungsmöglichkeiten der lokalen Entscheidungsträger zur Belebung der Wirtschaft im Werra-Meißner-Kreis sind begrenzt. Hier wirken ökonomische Entscheidungen der Unternehmen und das übergeordnete Setzen politischer Rahmenbedingungen sehr viel stärker als kommunalpolitische Anstrengungen.

Handlungsmöglichkeiten bestehen in den Bereichen:

- Einzelhandel und Nahversorgung
- Regionale Wirtschaftskreisläufe
- Ausbau des Tourismus
- Förderung von Existenzgründern
- Regionale Ansiedlungsstrategie

Seniorenpolitik und Altenplanung

Die Veränderung der Alterstruktur in der Bevölkerung veranlasst ein Umdenken in der Senioren- und Altenpolitik. Deshalb müssen hierbei in den Focus gerückt werden:

- Versorgungssituation der älteren Menschen
- Wohnsituation der Senioren
- Aktivierung des ehrenamtlichen Potentials
- Einführung von Seniorenbeauftragten und Seniorenbeiräten

Kinder- und Familienpolitik

Die Ergebnisse aus den Befragungen verdeutlichen, dass die Kinder- und Familienpolitik zunehmend zum Standortfaktor für die Kommunen wird. Insbesondere der starke Geburtenrückgang zwingt die Kommunen im Kreis zur Etablierung neuer Konzepte. Für die Zukunft ist es unumgänglich über Konzepte nachzudenken, die einen Bestand der bisherigen Einrichtungen sichern können, um somit einen attraktiven Standortvorteil erhalten zu können, z.B.:

- Schaffung eines bedarfsorientiertes Netzes an Ganztageseinrichtungen zu schaffen im Bereich der Kindergärten
- Entwicklung eines interkommunalen Schulkonzeptes
- Flächendeckende Einführung von Ganztagesangeboten im Bereich der Schulen
- Räumliche Bündelung von Einrichtungen und Sicherstellung einer guten Anbindung.

Bürgerschaftliches Engagement

Die Kommunen aufgefordert, die Potenziale des bürgerschaftlichen Engagements noch stärker zu aktivieren und zu würdigen, u.a. in folgenden Bereichen:

- Kinder- und Jugendbetreuung
- Seniorenbetreuung
- Übernahme freiwilliger kommunaler Leistungen
- Nahversorgung

Kommunale Finanzen

Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass die befragten Kommunen fiskalisch mit dem Rücken zur Wand stehen. Oftmals können nur noch Pflichtaufgaben realisiert werden; die freiwilligen Leistungen müssen in erheblichem Umfang zurückgefahren werden. Die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen, aber auch des Kreises zur Verbesserung der finanziellen Situation sind begrenzt.

Dennoch gibt es Ansatzpunkte, die eine kommunale Gestaltung zulassen:

- Privatisierung kommunaler Aufgaben
- Übertragung kommunaler Aufgaben an die Bürger
- Interkommunale Kooperation

Interkommunale Kooperation

Finanzen, Leistungskraft und strategische Überlegungen werden die Kommunen in Zukunft zu noch stärkerer Kooperation bewegen. Handlungsfelder bieten u.a.:

- Naherholung und Tourismus
- Wohnraumpolitik
- Infrastruktur
- Verwaltungskooperationen
- Gemeinsame räumliche Entwicklungskonzepte

Schlussfazit

Die Umsetzung künftiger Handlungsoptionen erfordert ein systematisches Vorgehen. Folgende Schritte sollten dabei beachtet werden:

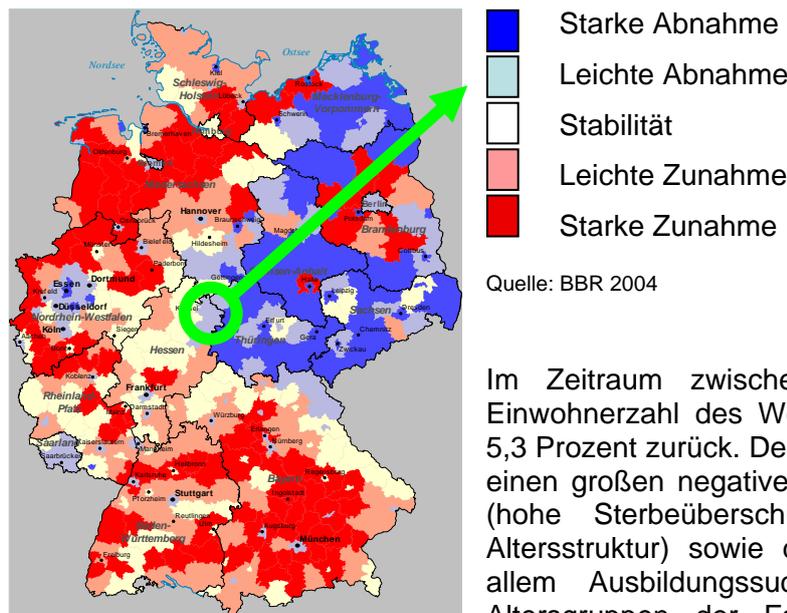
1. Durchführung einer Bestands- und Problemanalyse
2. Konstruktive Bewältigung von Zielkonflikten
3. Entwicklung von maßgeschneiderten Handlungsstrategien
4. Selbstbindung in Leitbildern
5. Definition von Handlungsfeldern
6. Kontinuierliches Monitoring
7. Prüfen der Erfolge

Eigenständiges Handeln und Entscheiden in Verbund mit dem geschickten Nutzen externer Hilfestellungen und Ideen können dazu beitragen, dass auch künftig den Bewohnern in den Kommunen im Werra-Meißner-Kreis trotz schrumpfender Bevölkerungszahlen ein attraktives und lebenswertes Wohnumfeld sowie den Unternehmen und Ansiedlungsinteressierten zukunftsfähige Bedingungen geboten werden. Die Schritte dafür müssen jedoch sobald wie möglich angegangen werden, da jedes Zögern die künftigen Handlungsoptionen immer weiter einschränkt.

2 Hintergrund

Der demographische Wandel hat den Werra-Meißner-Kreis erreicht. Der Kreis gehört in den alten Bundesländern gar zu den „Vorreitern“, weil er schon jetzt einen deutlichen Rückgang der Bewohnerzahlen und eine sichtbare Überalterung der Bevölkerung vorzuweisen hat, während in anderen Regionen diese Effekte mit deutlicher Zeitverzögerung und in wieder anderen gar nicht eintreten werden.¹

Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung Bundesrepublik Deutschland 1990-2001



Quelle: BBR 2004

Im Zeitraum zwischen 1992 und 2003 ging die Einwohnerzahl des Werra-Meißner-Kreises bereits um 5,3 Prozent zurück. Der Bevölkerungsrückgang ist durch einen großen negativen natürlichen Bevölkerungssaldo (hohe Sterbeüberschüsse wegen unausgewogener Altersstruktur) sowie durch starke Abwanderung (vor allem Ausbildungssuchende, aber auch bei den Altersgruppen der Familiengründer, sogar bei den

Ruhestandswanderungen)² bedingt. Ausführliche Daten zu Bevölkerung, Bevölkerungsentwicklung und Sozialstruktur im Werra-Meißner-Kreis hat der Kreis unlängst veröffentlicht³, daher kann hier auf eine genauere Wiedergabe verzichtet werden.

Der Familienatlas 2005⁴ zählt den Werra-Meißner-Kreis zur (zweitkritischsten) Gruppe von „Regionen mit versteckten Problemen“. In dieser Gruppe finden sich Regionen, die neben der Überalterung und rückläufiger Bevölkerungszahl mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben, bei vergleichsweise hoher Frauenerwerbstätigkeit fehlen ausreichende Angebote zur Kinderbetreuung. Der Kreis findet sich damit in einer Gruppe mit vielen Regionen der neuen Bundesländer.

Die absehbare Zukunft wird – nach allen vorliegenden Prognosen – die Situation in den Kommunen des Werra-Meißner-Kreises noch deutlich verschärfen: So geht die von der Bertelsmann Stiftung in Auftrag gegebene Bevölkerungsprognose von einem Einwohnerrückgang im Werra-Meißner-Kreis zwischen 2003 und 2020 von über 10 Prozent aus,⁵ das Hessische Statistische Landesamt prognostiziert einen Einwohnerrückgang von

¹ Vgl. dazu z.B. die Darstellungen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, BBR 2005.

² Vgl. Hessisches Statistisches Landesamt 2004, BBR 2005

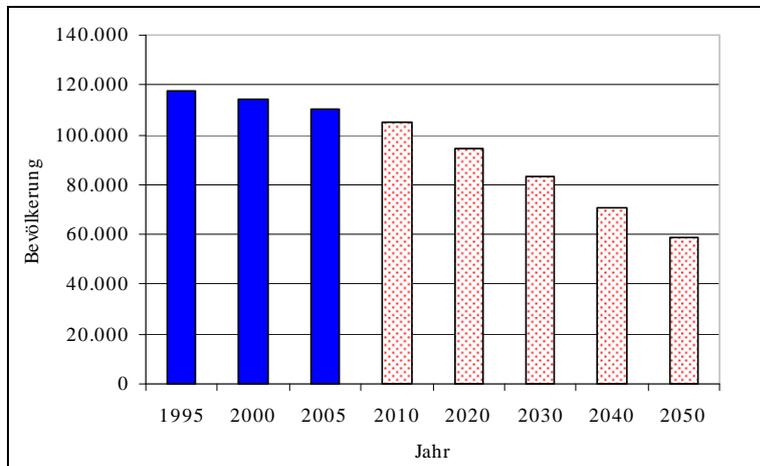
³ Werra-Meißner-Kreis 2004

⁴ Der Familienatlas 2005, der von der Prognos AG in Kooperation mit dem Bundesfamilienministerium und der Wochenzeitung DIE ZEIT erstellt wurde, liefert eine Bestandsaufnahme der Familienfreundlichkeit in Deutschland. Er klassifiziert alle 439 Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland entlang von Regionengruppen mit gleichen "Familienfreundlichkeitsprofilen". Eingang finden die fünf Kriterien „Demographie“, „Betreuungsinfrastruktur“, „Bildung & Arbeitsmarkt“, „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ sowie „Sicherheit & Wohlstand“.

⁵ Bertelsmann Stiftung 2006

2003 bis 2030 von 15,6 Prozent.⁶ Die Prognosen der Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft Hessen mbH (FEH) deuten sogar auf einen Bevölkerungsrückgang von 18,2 Prozent zwischen 2002 und 2020 bis hin zu 53,6 Prozent im Jahr 2050 (siehe Abb.2)⁷.

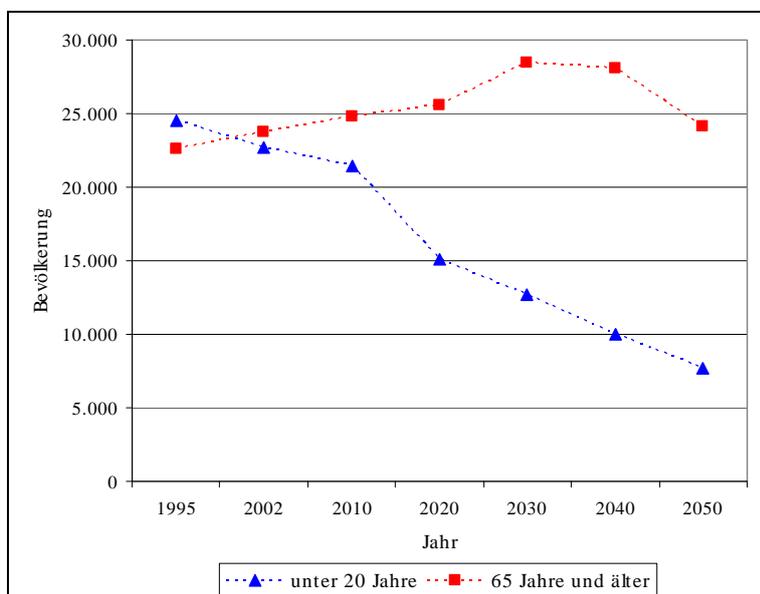
Abb. 2: Bevölkerungsprognose im Werra-Meißner-Kreis bis 2050



Quelle: Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft Hessen mbH 2004 (eigene Darstellung)

Die Zahl der 65-jährigen und älteren Menschen wird deutlich zunehmen. Laut Prognose der FEH wächst diese Altersklasse bis zum Jahr 2030 auf ca. 28.503 Einwohner an (1995, 22.598 Einwohner, +21%). Bedingt durch den Rückgang der Gesamtbevölkerung sinkt die Einwohnerzahl dieser Altersklasse auf ca. 24.108 Einwohner bis 2050.

Abb. 3: Bevölkerung im Werra-Meißner-Kreis 1995-2050 nach Altersgruppen



Quelle: Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft Hessen mbH 2004 (eigene Darstellung)

Dagegen geht die Zahl der unter 20-jährigen von 1995 ca. 24.482 Jugendlichen und Kindern bis 2030 auf ca. 12.714 und 2050 auf ca. 7.703 zurück.

⁶ Hessisches Statistisches Landesamt 2004

⁷ Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft Hessen mbH 2004

Folglich verringert sich der Anteil der unter 20-jährigen an der Gesamtbevölkerung von 1995 bis 2030 um 5,5 Prozent auf 15,3 Prozent und bis 2050 sogar um 7,6 Prozent auf 13,1 Prozent. Parallel nimmt der Anteil der über 65-jährigen an der Gesamtbevölkerung von 1995, 19,2 Prozent, bis 2030 auf 34,3 Prozent und bis 2050 auf 41 Prozent zu. 2050 wird der Anteil der über 65-jährigen somit fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachen (siehe Abb.3).

Dieser beschleunigte Schrumpfungsprozess wird nicht ohne gravierende Folgen für Wirtschaft, Lebensqualität und kommunales Handeln sein.

Genauere Prognosen auf noch kleinräumigerer Ebene – für Kommunen – sind statistisch mit großen Unwägbarkeiten behaftet (Einfluss der Zu- und Abwanderungen). Dennoch hat sich die Bertelsmann Stiftung⁸ unlängst daran gewagt, für alle Kommunen in Deutschland mit mehr als 5.000 Einwohnern derartige Prognosen errechnen zu lassen. Die Aussagen beruhen auf so genannten „Demographietypen“ und nicht auf einer orts- und regionsspezifischen Differenzierung. Gerade anhand der Kommunen im Werra-Meißner-Kreis könnten die Unlänglichkeiten der Methode gezeigt werden. Die daraus entwickelten Handlungsanweisungen können den größeren Kommunen des Werra-Meißner-Kreises nur grob geeignete Hilfestellungen geben.

Die Aufgabe vor Ort ist jedoch klar: Angesichts der bereits laufenden und deutlich sichtbaren Prozesse des demographischen Wandels gehört das Thema an die Spitze der kommunalen Agenden. Denn vom Kindergarten bis zur Altenhilfe, vom Rückbau der Infrastrukturen über die Konzentration der Siedlungsstrukturen bis hin zu den kommunalen Finanzen sind alle Belange kommunaler Gemeinwesen vom demographischen Wandel betroffen. Daher müssen die politischen Handlungsträger die Themen des demographischen Wandels aktiv aufgreifen. Die Bertelsmann Stiftung hatte im Jahr 2005 einige Bürgermeister von Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohnern befragt und herausgefunden, dass in kleineren Kommunen die Folgen des demographischen Wandels weniger bekannt seien und die Wichtigkeit des Themas geringer eingeschätzt werde als in Großstädten.⁹ Stimmt das auch für die Kommunen im Werra-Meißner-Kreis?

Und wie sehen in den einzelnen Kommunen des Werra-Meißner-Kreises die Handlungsperspektiven aus? Gibt es Strategien und Ansätze, welche

- die Folgen abmildern,
- die absehbare Kostenentwicklung (bei sinkenden Einwohnerzahlen steigen die Belastungen je Einwohner wie die Belastungen der Kommune insgesamt) abfedern und
- in den Kommunen neue Qualitäten aus den Komponenten Schrumpfung und Alterung gewinnen, so dass die Kommunen des Werra-Meißner-Kreises für ihre Bewohner und ihre Gäste sowie für Neubürger lebenswert bleiben und mit neuer Attraktivität aufwarten?

Die aktuelle Situation und die künftigen Entwicklungen stellen die Kommunen und die in ihnen gebotene Lebensqualität für die Bürger vor große Herausforderungen. Je früher man sich auf die Situation einstellt, Probleme erkennt und Perspektiven für Ortsteile, Kommunalprofile und interkommunale Zusammenarbeit erarbeitet, desto besser erscheinen die Möglichkeiten der Bewältigung. Dies ist ein politischer Prozess, der vor allem bei den kommunalpolitischen Entscheidungsträgern hohes Verantwortungsbewusstsein und gute Sachkenntnis voraussetzt, um zu langfristig tragfähigen Lösungen zu gelangen.

⁸ Bertelsmann Stiftung 2006

⁹ Bertelsmann Stiftung 2005

Vor diesem Hintergrund hat der Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner e.V. in Eschwege die Universität Kassel, Fachgebiet „Nachhaltige Regionalentwicklung“, damit beauftragt, eine Befragung der Bürgermeister und kommunalen Mandatsträger zu Bewusstseinsstand, Reaktionsmöglichkeiten und Handlungsperspektiven durchzuführen.

3 Methodische Vorgehensweise

3.1 Quantitative Befragung

Um die Sensibilisierung der politischen Handlungsträger voranzubringen, hat der VfR Werra-Meißner e.V. eine Befragung der kommunalpolitischen Fraktionen und der Bürgermeister aller Kommunen im Werra-Meißner-Kreis vorgeschlagen. Diese Befragung sollte dazu dienen, Themen und Fragen des demographischen Wandels in das politische Bewusstsein zu heben.

Der Fragebogen wurde in enger Abstimmung zwischen dem VfR und der Universität Kassel entwickelt. Vorliegende Fragestellungen aus ähnlichen Befragungen wurden berücksichtigt.¹⁰ Es fand eine fachliche Diskussion mit Experten aus Kommunalpolitik und Forschung statt, um zweckmäßige Fragestellungen herauszufinden.

Der Fragebogen wurde am 05.10.2005 allen 62 kommunalpolitischen Fraktionen der Kommunen im Werra-Meißner-Kreis sowie den 16 Bürgermeistern zugesandt.

Anfangs verlief der Rücklauf schleppend; daher wurde Mitte November mit einer Erinnerungspostkarte an die Fraktionsvorsitzenden um die Rücksendung der Fragebögen gebeten.¹¹

Die Bürgermeister wurden ab Dezember zwecks Terminvereinbarung für das schriftliche Interview angerufen und in einigen Fällen an die Zusendung des Fragebogens erinnert.

Bis zum 09.02.2006 konnten 41 eingegangene Fragebögen verzeichnet werden (darunter alle 16 Bürgermeister), was einer (guten) Rücklaufquote von 52,3% entspricht.

Dieser Rücklauf verteilt sich auf die einzelnen Kommunen wie folgt:

Tab. 1: Räumliche Verteilung der Antworten

	Rücklauf
Kommune Bad Sooden-Allendorf	2
Berkatal	1
Eschwege	3
Großalmerode	2
Herleshausen	3
Hessisch Lichtenau	3
Meinhard	3
Meißner	4
Neu Eichenberg	1
Ringgau	2
Sontra	2
Waldkappel	5
Wanfried	2
Wehretal	4
Weißenborn	1
Witzenhausen	3
Gesamt	41

¹⁰ Bertelsmann Stiftung 2005; Befragung in Rheinland-Pfalz: Eckert u.a. 2005

¹¹ Diese Postkarte verursachte vereinzelte telefonische Rückmeldungen einiger Fraktionsvorsitzender, die sich weigerten den Fragebogen zurückzusenden. Die angegebenen Gründe bezogen sich allerdings weniger auf den Fragebogen, als vielmehr auf den Frust aus der politischen Tätigkeit: „Gestern wurden mir in der Zeitung Versäumnisse vorgeworfen, jetzt kommen Sie mit diesem Fragebogen.“ Oder: „Worum soll ich mich als Fraktionsvorsitzender denn noch alles kümmern, mich nimmt doch sowieso keiner Ernst“.

Der Fragebogen umfasste insgesamt acht übergeordnete Fragestellungen.

- Im ersten Teil wurden von den Befragten allgemeine Einschätzungen zur Bedeutung des demographischen Wandels abgefragt, unter anderem wie groß der Einfluss des demographischen Wandels auf die künftige Kommunalentwicklung geschätzt wird und wie und in welcher Form das Thema schon in den kommunalen Gremien behandelt wurde.
- Im zweiten Teil wurden die kommunalen Handlungsträger um Einschätzung und Gestaltungsmöglichkeiten zu verschiedenen Handlungsfeldern gebeten, unter anderem zu „Wohnen und öffentliche Infrastruktur“, „Kinder und Familienpolitik“, „Finanzen“, „Personal und Organisation“.
- Der dritte Teil betraf Fragen zum Thema „Seniorenpolitik und Altenplanung“.
- Im vierten Teil wurden vertiefende Fragen zum Thema „Kinder und Familienpolitik“ gestellt, welchen Stellenwert dieses Thematik einnimmt und wie sich die Kommune damit auseinandersetzt.
- Der fünfte Teil enthielt Fragen zum Thema „kommunale Finanzen“. Die kommunalen Spitzenvertreter wurden um eine Einschätzung der finanziellen Situation und um eine Stellungnahme zur künftigen Entwicklung ihrer Kommune gebeten.
- Der sechste Teil setzte sich mit dem Thema „Interkommunale Zusammenarbeit“ auseinander, unter anderem, auf welchen Feldern Erfahrungen mit interkommunaler Zusammenarbeit vorliegen und welche Erkenntnisse dabei gewonnen wurden.
- Im siebten Teil wurden die Befragten um eine Einschätzung zur Entwicklung eines kommunalen Profils sowie eines kreisweiten Leitbildes gebeten.
- Im abschließenden achten Teil wurde nach Unterstützungsbedarf der Kommunen gefragt.

Der Fragebogen zielte auf eine Profilbildung für die Kommunen im Werra-Meißner-Kreis durch Erarbeitung von Handlungsoptionen, Lösungsmöglichkeiten und deren jeweiligen Chancen und Risiken ab.

Der Fragebogen findet sich in Anhang 7.2.

3.2 Qualitative Befragung

Neben der schriftlichen Fragebogenaktion erfolgten mündliche Befragungen der kommunalen Spitze aller Kommunen (Bürgermeister, z.T. mit Hauptamtsleiter/Büroleiter). Hierzu wurde der Fragebogen erweitert und als Leitfaden für ein mündliches Interview ausgestaltet. Der Leitfragenkatalog enthielt Fragestellungen zu folgenden Themen:

- Allgemeine Einschätzungen zum demographischen Wandel
- Zu- und Abwanderung
- Siedlungsstruktur und Wohnen
- Mobilität und Verkehr
- Technische Infrastruktur
- Arbeit und Wirtschaft
- Sozialstruktur
- Bildung und Weiterbildung
- Migration und Integration
- Kommunale Finanzen
- Interkommunale Kooperation
- Leitbild
- Handlungs- und Unterstützungsbedarf

Die mündlichen Interviews fanden in der Zeit von Januar bis Februar 2006 statt. Sie wurden von Hans-Georg Sigel und Christian Vieth durchgeführt. An den Interviews nahmen alle 16 Bürgermeister des Werra-Meißner-Kreises teil. Alle Interviews wurden aufgezeichnet und schriftlich protokolliert.

Die Gespräche verliefen in einer angenehmen Atmosphäre; die Gesprächsbereitschaft war ausgesprochen groß. Die Interviews dauerten zwischen 90 und 120 Minuten. An dieser Stelle sei den Bürgermeistern und beteiligten Mitarbeitern nochmals herzlich für ihre Offenheit und die zur Verfügung gestellte Zeit gedankt.

3.3 Gliederung des Berichts

Der nachfolgende Bericht enthält drei Teile und einen ausführlichen Anhangteil.

Kapitel 4 gibt die Ergebnisse der schriftlichen Befragung der Kommunalvertreter zu Perspektiven und Handlungsansätzen für die Kommunen im Werra-Meißner-Kreis wieder. Kapitel 4.9 ergänzt diese Ergebnisse durch die wichtigsten Aussagen aus den Leitfadeninterviews mit den Bürgermeistern.

Kapitel 5 formuliert Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen aus Sicht der Bearbeiter.

Im Anhang finden sich die detaillierten Auswertungen der Bürgermeister-Interviews mit Aussagen zu den einzelnen Kommunen. Ferner gibt der Anhang den Basisfragebogen wieder.

4 Demographischer Wandel: Auswirkungen und Handlungsperspektiven aus lokaler Sicht

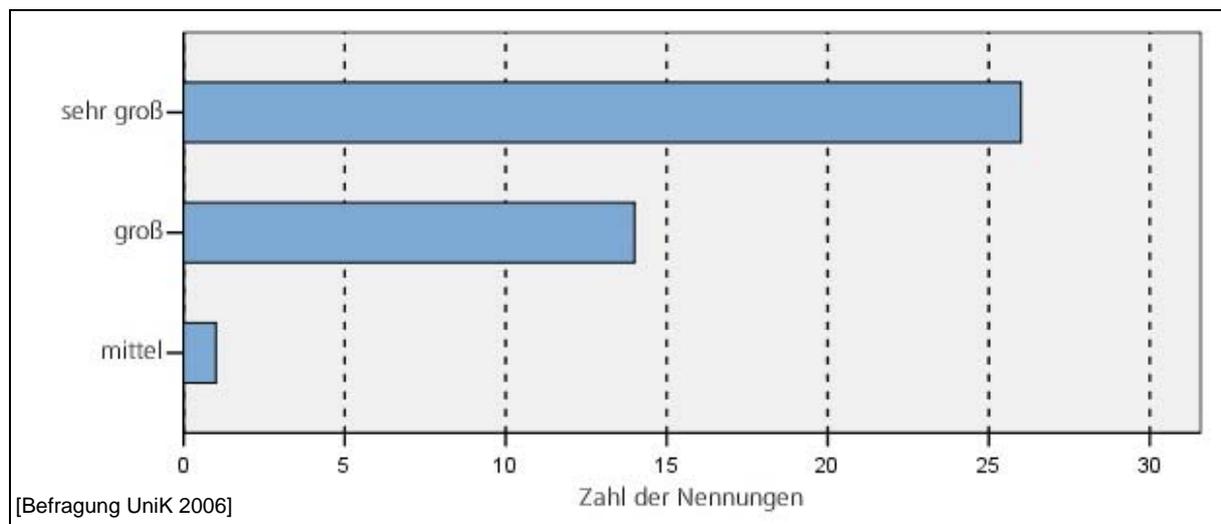
Im Folgenden werden zunächst die Ergebnisse der schriftlichen Befragung der kommunalpolitischen Handlungsträger in den Gemeinden und Städten des Werra-Meißner-Kreises wiedergegeben, in Abschnitt 4.9 finden sich ergänzende Aussagen aus den qualitativen mündlichen Interviews mit den Bürgermeistern.

4.1 Bedeutung des demographischen Wandels

Im ersten Themenblock wurden die kommunalen Mandatsträger und Bürgermeister danach befragt, wie aktuell das Thema „Demographischer Wandel“ in der Tagespolitik ist. Außerdem wurde nach Maßnahmen gefragt, wie den künftigen Entwicklungen begegnet werden kann und wie die Bevölkerungsprognosen eingeschätzt werden.

Die Folgen des demographischen Wandels haben für die Kommunen im Werra-Meißner-Kreis unterschiedliche Bedeutung. In der ersten Frage wurden die Beteiligten danach gefragt, wie groß sie den Einfluss des demographischen Wandels auf die zukünftige Entwicklung ihrer Kommune einschätzen:

Abb. 4: Einfluss des demographischen Wandels auf die Entwicklung der Kommunen



Das Ergebnis zeugt von einem zunächst hohen Bekanntheitsgrad des Problems:

Mit nur einer Ausnahme geben alle Befragten an, dass der demographische Wandel einen großen oder sehr großen Einfluss auf die Entwicklung ihrer Kommune haben wird. Allerdings geben nur 29 der Befragten an, die unmittelbar möglichen Folgen des demographischen Wandels für ihre Kommune zu kennen. 37 der Befragten sind die Bevölkerungsprognosen für ihre Kommune bzw. für den Werra-Meißner-Kreis bekannt.

Die Prognosen werden als zutreffend und beunruhigend bezeichnet. Es wird ein starker Strukturwandel aufgrund der Vorausberechnungen erwartet, der die Existenzfähigkeit einiger Kommunen extrem gefährdet. Jedoch geht man davon aus, dass die Entwicklung im Werra-Meißner-Kreis nicht gleichmäßig stattfinden wird. Verschiedene strukturelle Faktoren, wie

Nähe und Verkehrsanbindung zu den Verdichtungsräumen sind dafür verantwortlich. Als Gründe für die Entwicklung werden politische Fehlentscheidungen in der Förderpolitik angegeben (starkes Fördergefälle zu Thüringen), außerdem fehlendes politisches Handeln auf kommunaler Ebene.

Zwar ist das Thema den Fraktionen allgemein bekannt, doch sei das Thema demographischer Wandel noch nicht allgemein ins Bewusstsein der Bevölkerung, aber auch der kommunalen Mandatsträger gerückt. Die federführende Bearbeitung des Themas findet in den meisten Fällen durch den Bürgermeister statt. Nicht einmal die Hälfte der Befragten gibt an, sich in den kommunalen Gremien schon einmal mit der Thematik beschäftigt zu haben.

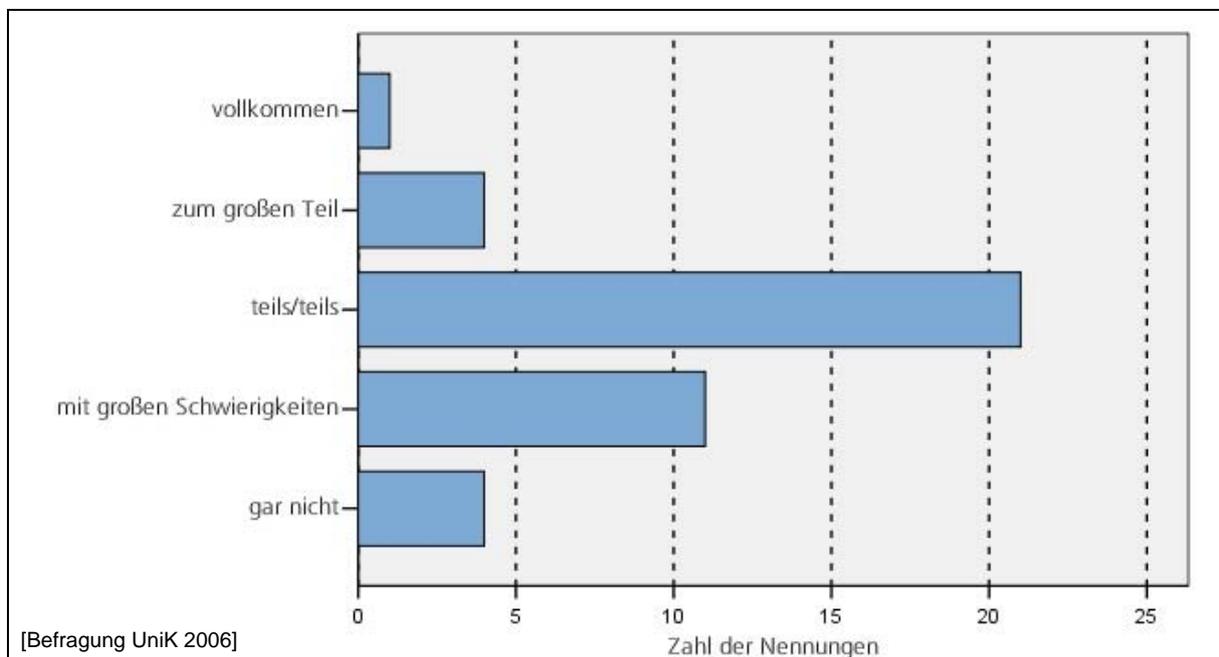
Eine differenzierte Betrachtung der befragten Bürgermeister ergibt, dass neun Bürgermeister angeben, das Thema sei Gegenstand in der Gremienarbeit. Fünf Kommunen beschäftigen sich überhaupt noch nicht mit dem demographischen Wandel.

Inhaltlich beschäftigte man sich in unterschiedlichster Form mit der Thematik:

Einige der Befragten geben an, sich lediglich beiläufig in Form von Redebeiträgen oder formlosen Gesprächen informiert zu haben. In anderen Kommunen wurde im Zusammenhang mit der Etablierung von Stadt- oder Dorferneuerungsmaßnahmen darüber debattiert oder im Zusammenhang mit der Neu- oder Umorganisation von städtischen Betrieben und bei der Entwicklung erster Schritte zu interkommunaler Zusammenarbeit mit benachbarten Kommunen.

Mit dem Bewusstsein über die Folgen des demographischen Wandels geht einher, ob die Kommune in der Lage ist, mit den Folgen des demographischen Wandels umzugehen:

Abb. 5: Ist Ihre Kommune in der Lage, mit den Auswirkungen des demographischen Wandels umzugehen?



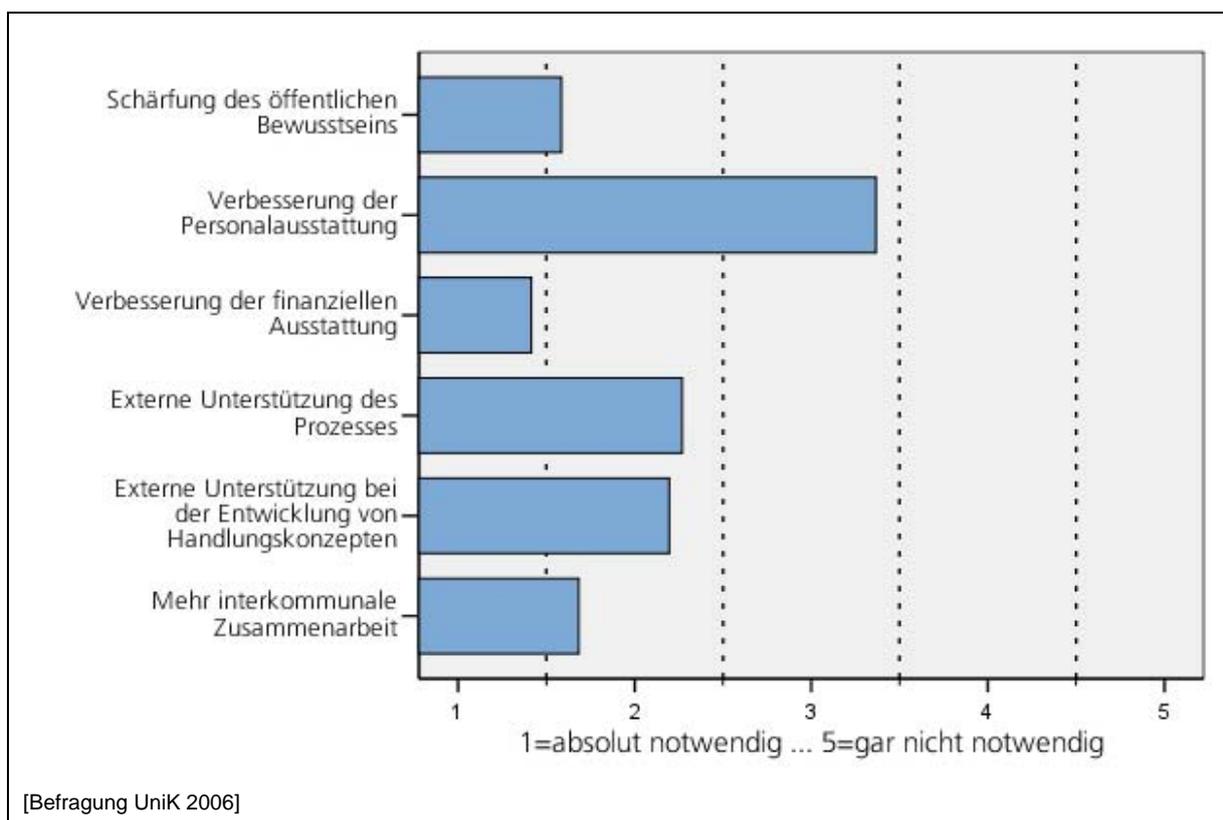
Der Großteil der Befragten gibt an, mit Schwierigkeiten dem demographischen Wandel begegnen zu können. Nur wenige fühlen sich dazu in der Lage, den Auswirkungen mit wenigen oder gar keinen Problemen zu begegnen. Ein Drittel gibt an, nur mit großen Schwierigkeiten oder gar nicht mit den künftigen Entwicklungen Schritt halten zu können.

Die Befragten nannten folgende Auswirkungen des demographischen Wandels, die bereits jetzt in den Kommunen spürbar seien:

- Erhöhung des Durchschnittsalters
- Abwanderung von Unternehmen
- Fehlende Arbeitsplätze
- Sinkende Einkommenssteuer
- Leerstände von Häusern; vermehrter Wohnungsleerstand
- Leerstehende Läden und Industrieanlagen
- Unterbelegung von Schulen und Kindergärten
- Bevölkerungsrückgang in unterschiedlich starker Ausprägung
- Abwanderung junger Menschen
- Steigende Verschuldung der Kommunen

Um dem demographischen Wandel begegnen zu können, gibt es unterschiedliche Lösungsansätze und Strategien. Die Befragten halten dafür folgende Maßnahmen für notwendig:

Abb. 6: Notwendige Maßnahmen zur Bewältigung des demographischen Wandels



Bei den Lösungsansätzen sehen die befragten Kommunalpolitiker die Verbesserung der finanziellen Ausstattung ihrer Kommune an erster Stelle. An zweiter Stelle stehen die Schärfung des öffentlichen Bewusstseins und die Möglichkeit zu mehr interkommunaler Zusammenarbeit. Die externe Unterstützung bei der Entwicklung von Handlungskonzepten, wie auch die Moderation von Entwicklungsprozessen wird positiv befürwortet. In der Verbesserung der Personalausstattung der Kommunen sehen die Befragten nur geringe Chancen, um damit dem demographischen Wandel besser begegnen zu können.

4.2 Kommunale Handlungsfelder

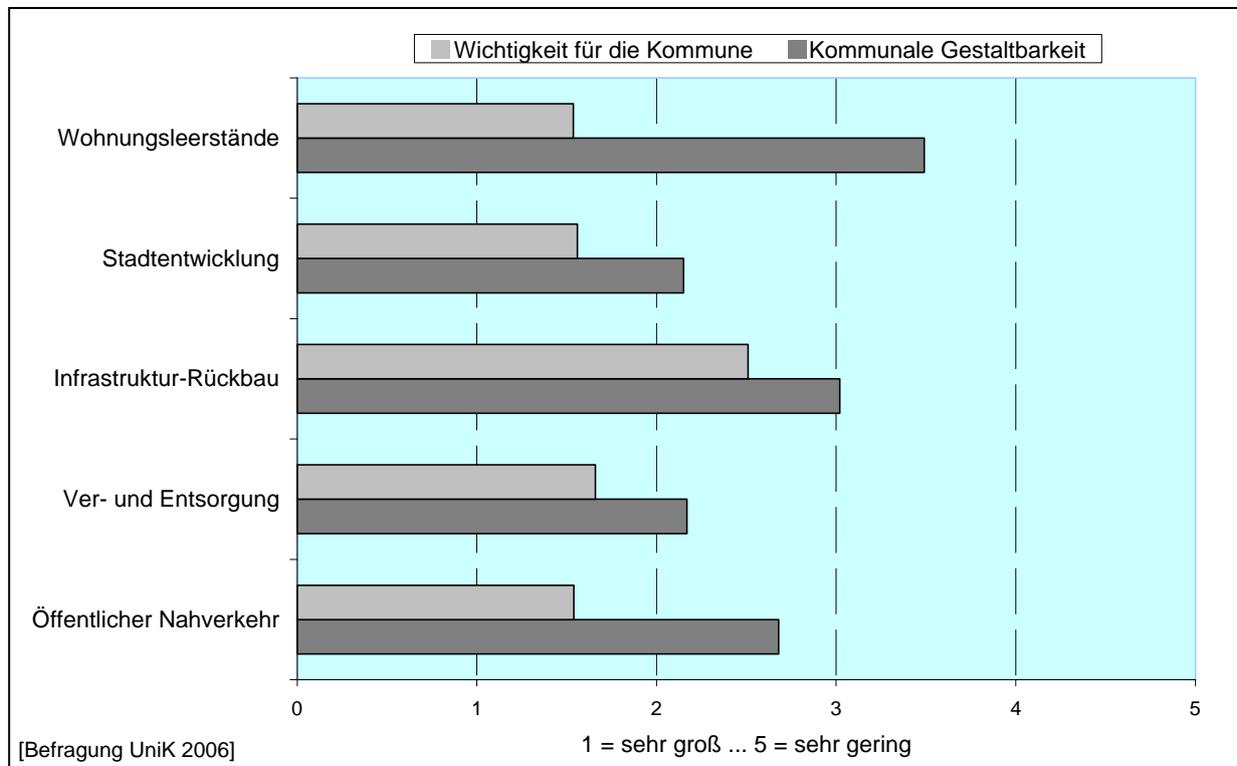
Der demographische Wandel hat Auswirkungen auf eine Fülle kommunaler Handlungsfelder und Themen. Diese werden in den kommunalen Gremien mit unterschiedlicher Priorität behandelt. Zusätzlich ist die unterschiedliche Gestaltbarkeit auf kommunaler Ebene zu beachten. Die Fragestellung dieses Frageblocks bezog sich darauf, welche wichtigsten Themen sich aus dem demographischen Wandel schon heute für die Kommunen ergeben und inwieweit Einfluss auf ihre Gestaltung genommen werden kann.

Zu folgenden Handlungsfeldern wurde befragt:

- Wohnen und öffentliche Infrastruktur
- Kinder- und Familienpolitik
- Bildung und Schule
- Seniorenpolitik und Altenplanung
- Migration und Integration
- Sozialpolitik und soziale Stabilität
- Kultur, Freizeit und Sport
- Finanzen, Personal und Organisation

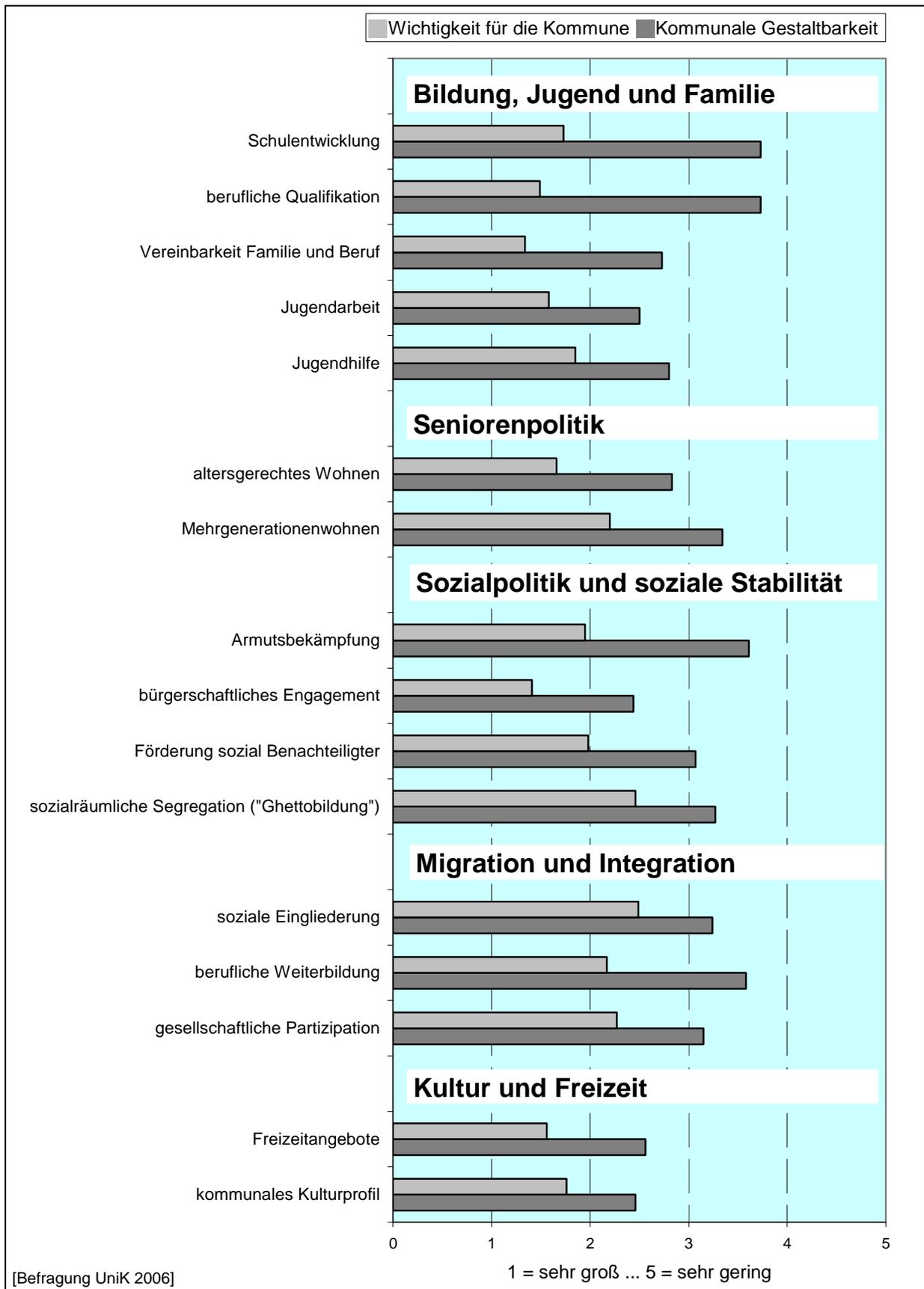
Das Handlungsfeld Wohnen und öffentliche Infrastruktur hat für die Kommunen hohe Bedeutung (bei bereits zurückgehenden Einwohnerzahlen wenig überraschend). Allerdings schätzen die Befragten insbesondere bei den Themen Wohnungsleerstände und Infrastrukturrückbau die kommunale Gestaltbarkeit nicht als sehr hoch ein.

Abb. 7: Wohnen und öffentliche Infrastruktur



Auch bei einigen der nachfolgend aufgeführten Handlungsfelder fallen Bedeutung für die Kommune und die Einschätzung der kommunalen Gestaltbarkeit auseinander.

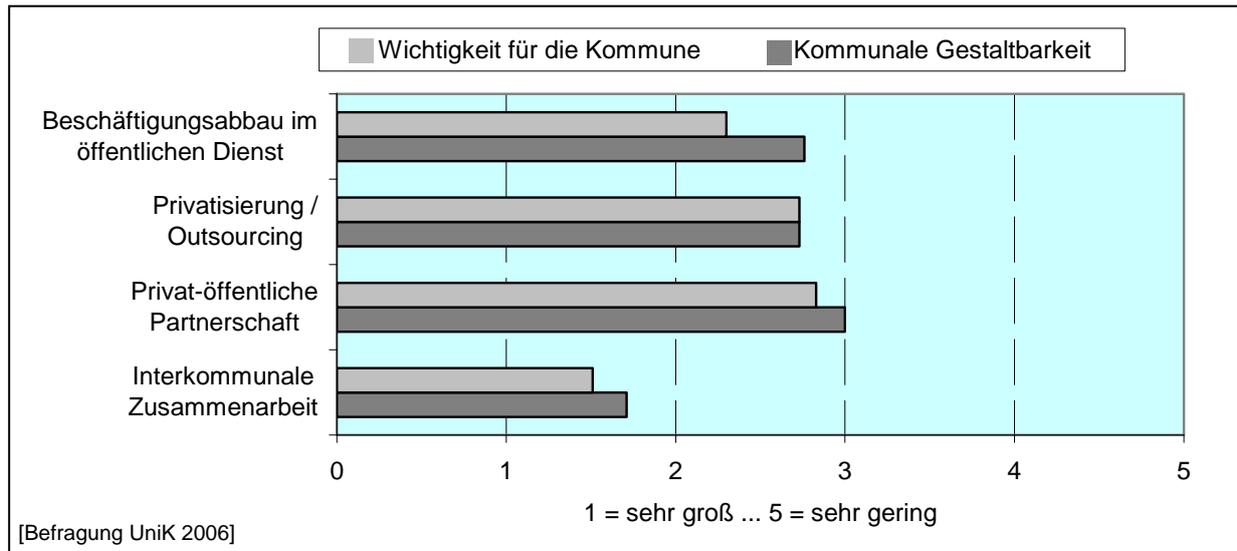
Abb. 8: Handlungsfelder Bildung, Familie, Senioren, Soziales, Kultur



Insgesamt stellen die Themen „Kinder-, Jugend-, Familien- und Bildungspolitik“ wichtige Handlungsfelder für die kommunale Attraktivität dar. Allerdings sind sie nach Ansicht der befragten Kommunalpolitiker nur in geringem Maße vor Ort beeinflussbar. Weitere wichtige Handlungsfelder für die Kommunen heißen „Bürgerschaftliches Engagement“ und „Kultur und Freizeit“. Dagegen fallen Themen der Seniorenpolitik ein wenig, weitere Themen der Sozialpolitik und Fragen der Integration deutlich ab.

Schließlich wurde noch nach den Ansatzpunkten in den Themenfeldern Verwaltung und Kooperation gefragt (Abb. 9).

Abb. 9: Handlungsfelder Verwaltung und Kooperation



Im Handlungsbereich „Verwaltung und Kooperation“ sehen die Kommunen in fast allen Themen eine große, aber im Vergleich mit anderen Themen keine überragende Wichtigkeit für die weitere Entwicklung – mit einer zentralen Ausnahme: Der Bedeutung der interkommunalen Zusammenarbeit. Im Themenfeld „Verwaltung und Kooperation“ liegen die Bedeutung und die Einschätzung der kommunalen Gestaltbarkeit im Vergleich mit den anderen Themenfeldern am wenigsten auseinander.

Insgesamt überrascht bei einigen Ergebnissen die geringe Bedeutung der Themenfelder für die Kommune – so sind etwa die Chancen privat-öffentlicher Partnerschaften offenbar noch nicht genügend ins politische Bewusstsein vor Ort gerückt. Andererseits sind Themen wie die Bedeutung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Thema für familienfreundliche Kommunen voll angekommen. Besonders fällt aber die Einschätzung der geringen Gestaltbarkeit bei vielen Themen ins Auge: Gerade bei originär von der Kommune mit zu gestaltenden Aufgaben wie der Wohnungspolitik und Stadtentwicklung, aber auch Fragen der Privatisierung wäre ein aktives Aufgreifen durch die Kommunen notwendig.

Ein leicht überraschendes Ergebnis ist der (im Vergleich zur Jugendpolitik) geringere Stellenwert der Seniorenpolitik. Hier scheint die „alternde Gesellschaft“ noch nicht angekommen zu sein. Im Folgenden wird dieses Themenfeld noch genauer spezifiziert.

4.3 Seniorenpolitik und Altenplanung

Neben der Schrumpfung ist die Veränderung der Altersstruktur der Gesellschaft ein Kernpunkt des demographischen Wandels. Aufgrund des Altersaufbaus der deutschen Bevölkerung nimmt in den kommenden Jahren die Zahl der über 60-jährigen kontinuierlich zu, während die Zahl junger Menschen stark abnimmt. Diese alternde Gesellschaft fordert neue Strategien für eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik und Altenplanung. In diesem Fragenblock wurden die kommunalpolitischen Handlungsträger nach Aspekten und Zielen gefragt, die eben diese neue Orientierung ermöglichen können.

Die übergeordneten Fragestellungen dabei lauteten:

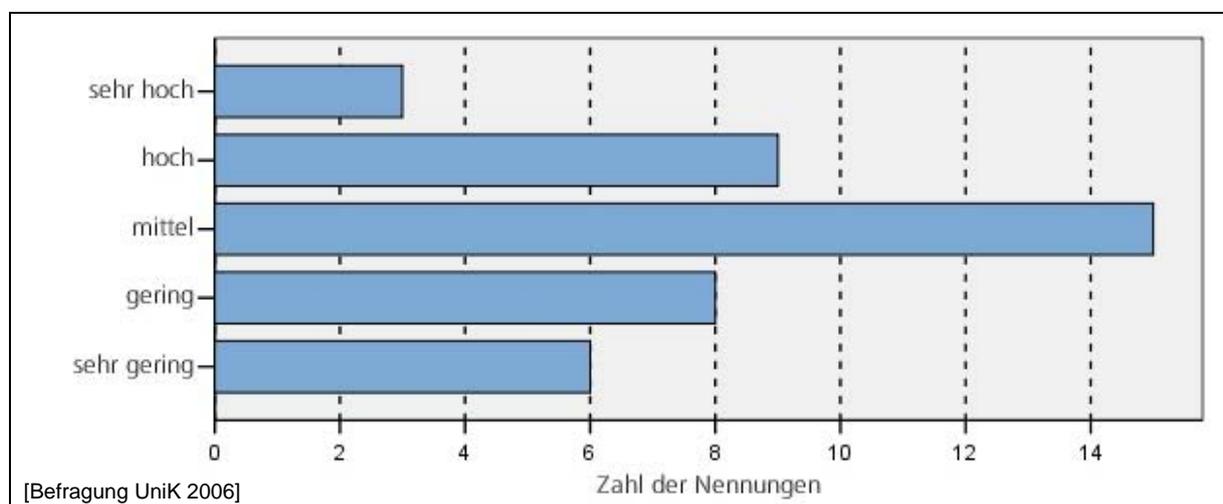
- Verfolgt Ihre Kommune bereits eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik, bzw. Altenplanung?
- Welchen Stellenwert besitzen diese Politikfelder in Ihrer Kommune, wer beschäftigt sich damit?
- Welche Aspekte und Ziele werden dabei verfolgt?

Zu einer ersten Einschätzung wurde nach der Realisierung einer zukunftsorientierten Seniorenpolitik gefragt. Nur jeder fünfte Befragte gab an, seine Gemeinde würde diese verfolgen. Ein genauer Blick in die einzelnen Kommunen zeigt, dass sich mehr als ein Drittel der Kommunen (6 von 16) mit diesem Thema beschäftigen. Die Bedeutung der Seniorenpolitik ist bei den Kommunalvertretern noch nicht angekommen.

In Ergänzung zur Seniorenpolitik steht die Altenplanung. Im Werra-Meißner-Kreis wird diese überkommunal in einem Altenhilfeplan beschrieben. Danach befragt, ob hierzu auch Aktivitäten auf Gemeindeebene stattfinden, gab ein Sechstel Befragten an, dass es in ihrer Kommune eine Altenplanung in Ergänzung zum Altenhilfeplan des Kreises gäbe.

In den Kommunen beschäftigen sich unterschiedliche Akteure mit den Themen Seniorenpolitik und Altenplanung. Sehr häufig der Bürgermeister – in Abstimmung mit Gemeindevorstand und Gemeindevertretung beziehungsweise Magistrat und Stadtverordnetenversammlung –, SozialarbeiterInnen, Vereine mit sozialen Schwerpunkten, Kirchen und Verbände. Aber auch ehrenamtliches Engagement trägt zur Erreichung der Ziele und Vorhaben bei. Die Seniorenpolitik und Altenplanung nimmt in den einzelnen Kommunen dabei einen unterschiedlichen Stellenwert ein (Abb. 10).

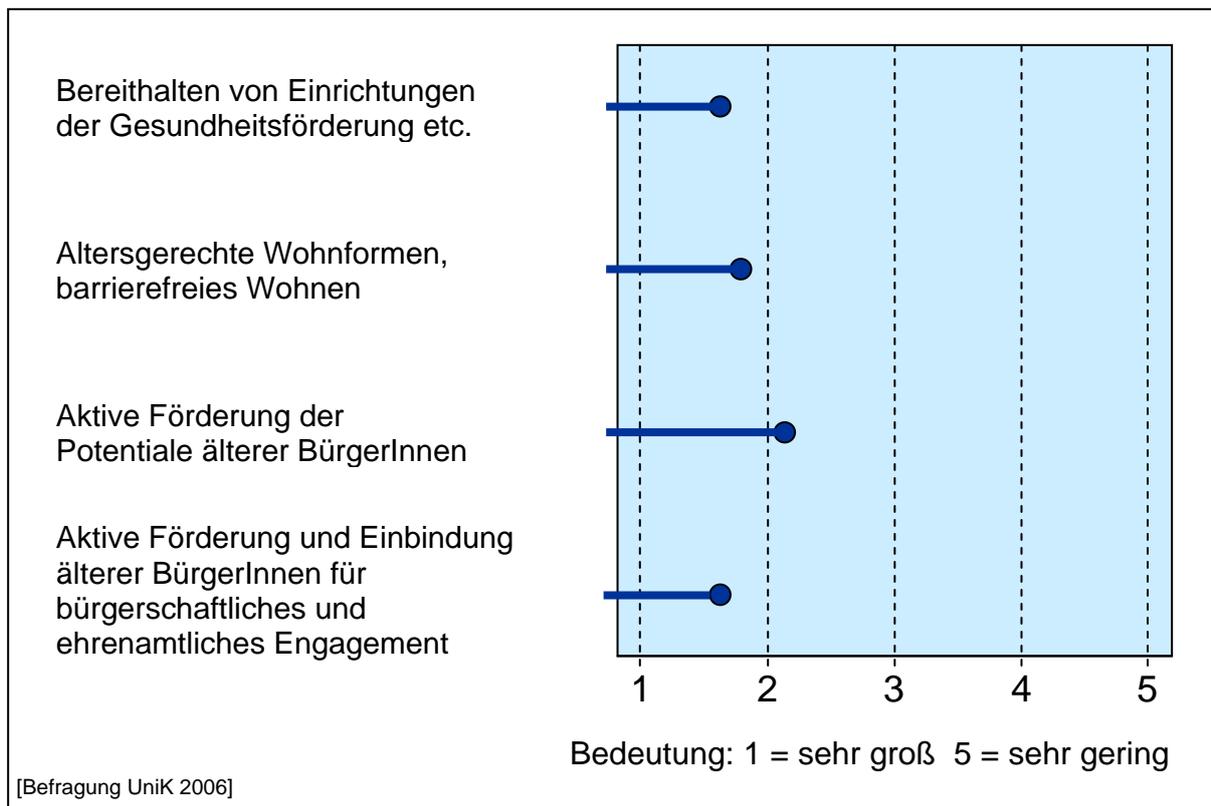
Abb. 10: Aktueller Stellenwert der Seniorenpolitik und Altenplanung in der Kommune



Aus der Zahl der Nennungen geht dabei hervor, dass Seniorenpolitik und Altenplanung keine besondere Priorität in den Kommunen genießen, aber auch nicht vernachlässigt werden. Vielmehr ergibt sich ein ausgeglichenes Bild der Beschäftigung mit diesem Handlungsfeld. Beeinflusst wird die Haltung sicherlich auch von dem übergemeindlichen Handeln im Kreis durch den Altenhilfeplan.

Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Faktoren, die insbesondere auf gemeindlicher Ebene bereitgestellt oder in Zukunft realisiert werden müssen. Dabei sind für die Beteiligten verschiedene Aspekte wichtig, wie aus nachfolgender Grafik zu entnehmen ist.

Abb. 11: Handlungsfelder für eine moderne Seniorenpolitik und Altenplanung



Der aktuelle Stellenwert der Senioren- und Altenpolitik in den Kommunen ist noch nicht besonders hoch, allerdings sind die Maßnahmen der einzelnen Kommunen auch nicht überall bekannt. Im Bewusstsein des demographischen Wandels messen die befragten Kommunalvertreter den Handlungsfeldern einer künftigen Seniorenpolitik und Altenplanung ein großes bis sehr großes Gewicht bei.

4.4 Kinder – und Familienpolitik

Die Auswirkungen des demographischen Wandels führen zu einer Intensivierung des Wettbewerbs der Kommunen um junge Familien. Die Kinder- und Familienpolitik wird somit zum Standortfaktor. Spezifische Förderangebote für Kinder und Jugendliche sollen dazu beitragen, den Ort attraktiv für neue Einwohner zu gestalten.

Die Kommunen wurden dabei in diesem Frageblock zu folgenden Handlungsfeldern innerhalb dieses Themas befragt:

- Welchen Stellenwert nimmt die Kinder- und Familienpolitik bereits heute in Ihrer Kommune ein?
- Welche spezifischen Angebote gibt es bereits in Ihrer Kommune?
- Welche weiteren Angebote zur Qualitätsverbesserung können geschaffen werden?

Zwei Drittel Befragten geben an, dass sie die Kinder- und Familienpolitik als Standortfaktor in ihrer Kommune betrachten. Deutlich wird dabei aber auch, dass hier die Meinungen innerhalb der Kommunen voneinander abweichen, d.h. innerhalb der Fraktionen unterschiedliche Positionen dazu eingenommen werden. Einige der Befragten geben an, dass die Kinder- und Familienpolitik zwar als wichtiger Standortfaktor gesehen werde, allerdings aus finanziellen Gründen nur wenig dafür getan wird. Unter anderem aus diesem Grund sind Angebote und Aktivitäten zur Kinder- und Familienpolitik in den Kommunen unterschiedlich stark ausgeprägt.

Den wichtigsten Gesichtspunkt der Kinder- und Familienpolitik sehen die Befragten in der Vorhaltung von Kindergartenplätzen, sei es durch die Bereitstellung eigener personeller und sachlicher Ressourcen (Fachkräfte, Räume) oder die Unterstützung der freien Träger durch finanzielle Zuwendung oder enge Kooperation. Die Ganztagesbetreuung in Kindergärten und Schulen gewinnt zunehmend an Bedeutung und wird in einigen Kommunen schon praktiziert. Ergänzung findet dieses Angebot in der Kinderbetreuung für unter drei jährige Kinder. Insbesondere für berufstätige Mütter stellt dies ein attraktives Angebot dar. In diesem Zusammenhang sehen einige der Interviewten bezahlbare Kindergartengebühren als dringend notwendig an.

Das Vorhalten von Jugendräumen und die aktive Unterstützung der Jugendarbeit (Jugendpflege, Förderung der Nachwuchsarbeit in den Vereinen), sowie die Bereitstellung von Infrastruktureinrichtungen für Jugendliche (Jugendräume, Skateranlage, etc.) ergänzen das Angebot.

Die vorgenannten Leistungen können nicht flächendeckend angeboten werden. Insbesondere in den kleinen Stadt- und Ortsteilen gibt es häufig keine oder nur im geringen Umfang Angebote für die Kinder und Jugendlichen. Die Leistungen werden dabei in den allermeisten Fällen ohne direkte Unterstützung aus Kreis-, Landes- oder Bundesmitteln realisiert.

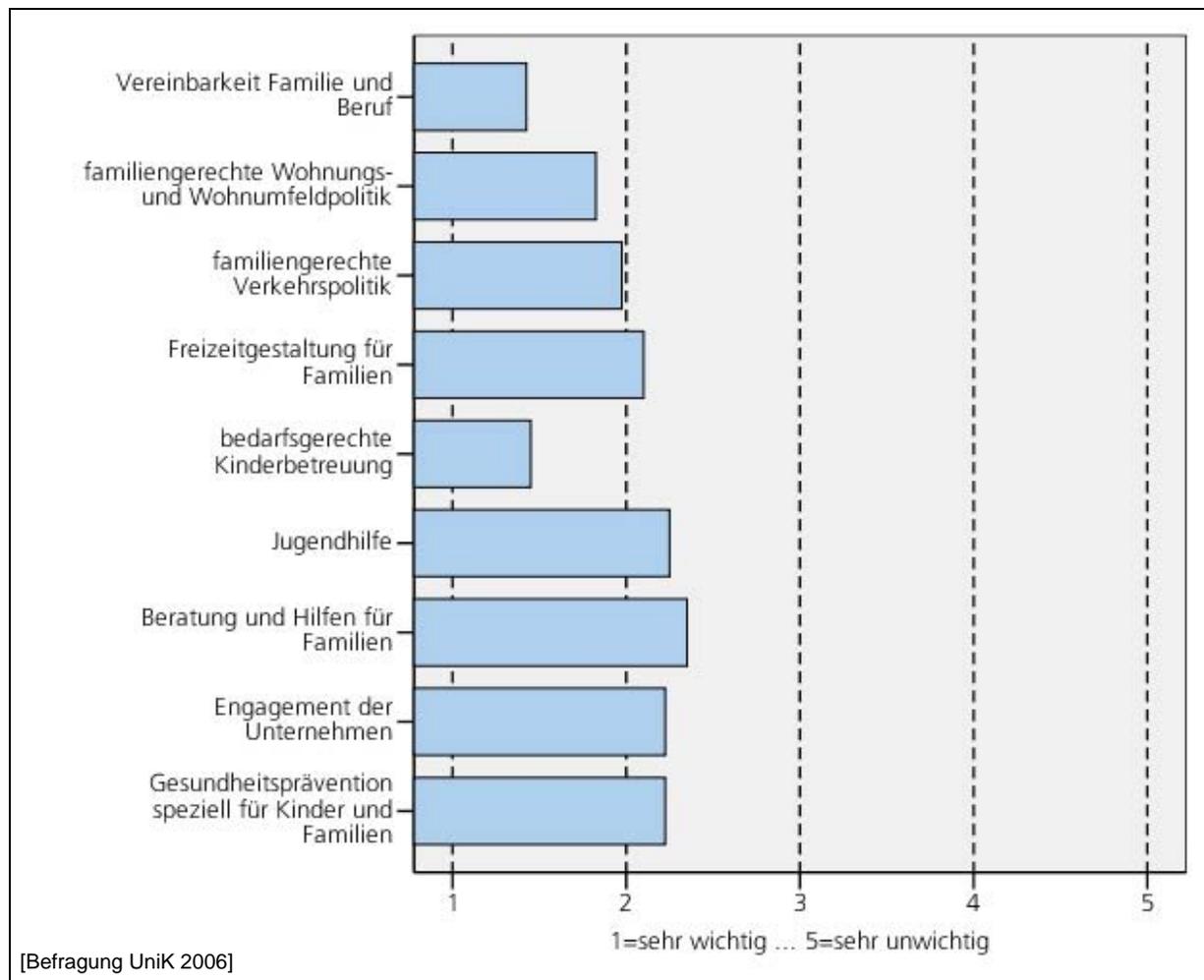
Die Zuständigkeit für das Themenfeld Kinder- und Familienpolitik ist in den befragten Kommunen unterschiedlich geregelt. In den kleineren Kommunen findet die Bearbeitung durch den Bürgermeister statt, in den mittleren bis größeren Kommunen gibt es in der Verwaltung spezielle Ansprechpartner. Entscheidungen werden durch die kommunalen Mandatsträger in den entsprechenden Gremien getroffen.

Einige der Befragten fordern für die Zukunft eine inhaltliche Optimierung der bestehenden Angebote, aber auch eine bedarfsorientierte Entwicklung der Einrichtungen. Durch die Vernetzung der verschiedenen Angebote könnten Synergieeffekte genutzt werden.

In der Betreuung der Kinder unter drei Jahren sehen die Interviewten einen wachsenden Bedarf, für den entsprechende Angebote geschaffen werden müssen. Häufig genannter Wunsch ist die zeitnahe Realisierung kostenfreier Kindergartenplätze.

Ingesamt soll somit die Familienfreundlichkeit der Kommunen im Werra-Meißner-Kreis erhöht werden und eine größere Bleibeorientierung angestrebt werden.

Abb. 12: Handlungsfelder einer modernen Kinder- und Familienpolitik



Bei den Handlungsfeldern zeigen sich die bedarfsgerechte Kinderbetreuung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als wichtigste Aspekte für eine moderne Kinder- und Familienpolitik. Das hier bekundete kommunalpolitische Bewusstsein einer Handlungsnotwendigkeit antwortet damit bereits der im Familienatlas 2005¹² gezeigten Schwäche der Region.

Während die Seniorenpolitik erst einen geringen Stellenwert erreicht hat, steht die Kinder- und Familienpolitik bei den Kommunalpolitikern an oberster Stelle der Agenden. Die Erhöhung der Familienfreundlichkeit zielt auf die Wohnattraktivierung der Gemeinden. Maßnahmen zur bedarfsgerechten Kinderbetreuung sollen zudem zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie führen. Mit diesen zentralen Handlungsfeldern versuchen die Kommunen im Werra-Meißner-Kreis, für ihre Bewohner eine hohe Bleibequalität zu sichern und sich für Neubürger attraktiv zu machen.

¹² Prognos 2005, s. oben Kapitel 3.3

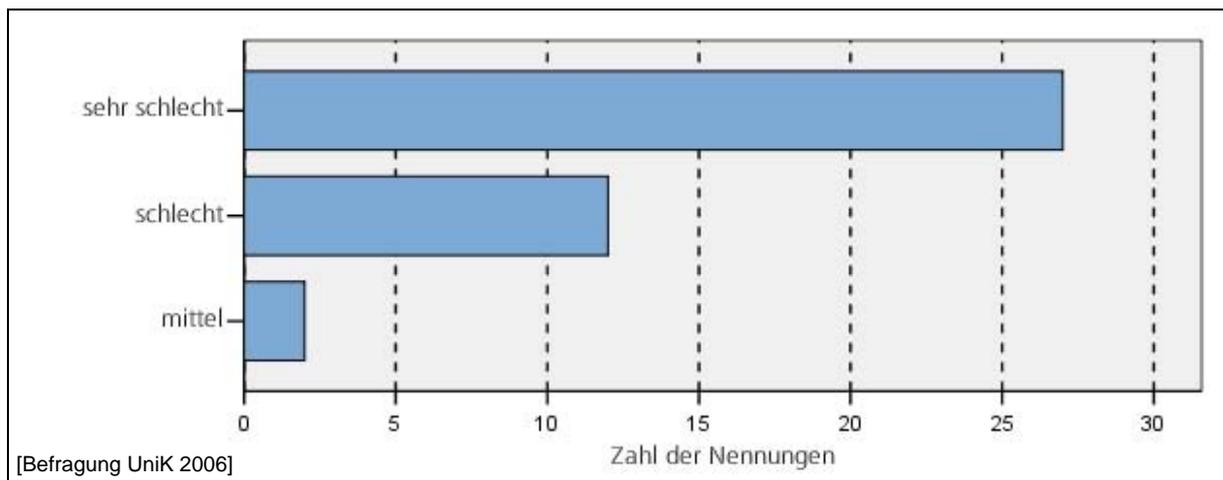
4.5 Kommunale Finanzen

In den letzten Jahren hat sich die finanzielle Situation der Kommunen vielfach verschlechtert. Einerseits sind die Einnahmen stark rückläufig – und hierbei macht sich auch der Rückgang der Einwohnerzahlen und Steuerpflichtigen bereits bemerkbar –, auf der anderen Seite sind die Ausgaben auf gleichem Niveau geblieben oder haben sich sogar erhöht. Dies führt zu Sparzwängen und häufig können geplante Vorhaben nicht mehr realisiert werden. Die Kommunalvertreter wurden nach Gründen und Entwicklungen der kommunalen Finanzen befragt und um einen Blick in die Zukunft gebeten.

Die übergeordneten Fragestellungen dabei waren,

- wie die derzeitige finanzielle Situation der Kommune beurteilt wird,
- ob auch künftig noch alle bisherigen öffentlichen Leistungen bereitgestellt werden können und
- auf welche Schwerpunkte in Zukunft die kommunale Finanzpolitik gerichtet sein muss.

Abb. 13: Bewertung der gegenwärtig finanziellen Situation der Kommune



Die gegenwärtige finanzielle Situation der Kommunen bewerten die Befragten insgesamt äußerst kritisch: Bis auf zwei Ausnahmen bewerten alle Befragten die finanzielle Situation als „schlecht“ oder gar „sehr schlecht“ und die beiden Ausnahmen bezeichnen sie auch nur als „mittel“.

Die Kommunen sehen sich vor großen finanziellen Schwierigkeiten. Im Zeitverlauf der letzten fünf Jahren hat sich die finanzielle Situation in allen Bereichen dramatisch verschlechtert. Freie Haushaltsspitzen sind vielfach nicht mehr vorhanden. Zurückzuführen ist dies unter anderem auf drastisch zurückgegangene Gewerbesteuererinnahmen in einigen Kommunen, aber auch auf sinkende Einkommensteueranteile. Ein ausgeglichener Verwaltungshaushalt kann in vielen Fällen nicht mehr realisiert werden.

Diese Entwicklungen führen zu der Fragestellung, ob öffentliche Leistungen, die heute noch durch die Kommune erbracht werden, auch in Zukunft noch bereitgestellt werden können.

Tab. 2: Können heutige öffentliche Leistungen auch noch in Zukunft erbracht werden?

	Häufigkeit	Prozent
ja	8	19,5
nein	31	75,6
keine Angabe	2	4,9
Gesamt	41	100,0

[Befragung UniK 2006]

Demnach sehen es nur knapp jeder fünfte Befragten als realistisch an, auch in Zukunft die gleichen kommunalen Leistungen erbringen zu können.

Vier von fünf Befragten fordern für die Zukunft eine flexiblere Handhabung der Mittel und nicht nur zweckgebundene Zuweisungen, um auch in Zukunft noch in angemessener Weise Investitionen und Vorhaben innerhalb der Kommunen realisieren zu können. Damit könnte der kommunale Gestaltungsspielraum erweitert werden. Die Möglichkeit zur Umsetzung solcher Maßnahmen sehen 18 Befragte (44 %).

Allerdings wird auch deutlich, dass in Zukunft Investitionen nur noch mit erheblichen Schwierigkeiten umgesetzt werden können. Neuinvestitionen sind nur mit finanzieller Unterstützung von Dritten möglich (Fördergelder), die Eigenmittel reichen kaum noch für die ständig steigenden Pflichtaufgaben. Im Haushalt gäbe es kaum mehr Spielräume. Hier bestehe ein großer Reformbedarf.

Für die Zukunft sehen die Interviewten weiterhin sinkende Einnahmen (vor allem bei Gebühren und Beiträgen). Die Ausgaben^P werden sich aufgrund vieler feststehender Kosten auf einem weitgehend stabilen Niveau bewegen, allerdings wird in Zukunft ein erhöhter Bedarf an Zuweisungen notwendig sein, um eine weitere Verschuldung abzufangen.

Die freiwilligen Leistungen werden nach Ansicht der Befragten in Zukunft noch weiter reduziert und teilweise komplett eingestellt. Der Betrieb und Erhalt der Dorfgemeinschaftshäuser (zum Teil in jedem Ortsteil vorhanden) und Schwimmbäder wird in Zukunft zur Debatte stehen.

Durch die Zusammenlegung von Aufgaben zwischen den Kommunen (interkommunale Kooperation) ist eine Einsparung im personellen Bereich möglich, allerdings weisen die Interviewten auf den damit verbundenen schlechteren Service hin (weitere Anfahrtswege, längere Bearbeitungszeiten).

Die Schwerpunkte künftiger kommunaler Aufgaben sehen die Befragten vor allem im sozialen Bereich (Kindergärten, Kinder- und Jugendpflege) und im Erhalt der vorhandenen Infrastruktur. Damit einhergehen wird die Privatisierung bestimmter kommunaler Aufgaben oder die stärkere Beteiligung durch Bürger (Stichwort „Bürgerschaftliches Engagement“). Allerdings wird auch deutlich, dass eine Gebührenerhebung für bisher freiwillige Leistungen unumgänglich sein wird.

Die finanzielle Problematik ist den Kommunalpolitikern vollständig bewusst. Als Lösungsvorschläge setzen sie vor allem auf Einsparungen, doch für den Erhalt wichtiger Basisinfrastrukturen und Leistungen wird eine höhere Belastung für die Bürger als unumgänglich angesehen. Anders als im allgemeinen Teil – siehe Abbildung 9 – beantwortet, sehen die Kommunalpolitiker in der Privatisierung kommunaler Aufgaben eine künftige Möglichkeit zur Gestaltung des örtlichen Leistungsangebots.

4.6 Interkommunale Kooperation

Interkommunale Kooperation wird als wichtiger Lösungsansatz hinsichtlich der durch den demographischen Wandel verursachten Probleme genannt. Dabei liegen in den Kommunen häufig unterschiedliche Erfahrungen und unterschiedliche Intensitäten der Zusammenarbeit vor.

In diesem Fragenblock wurde nach Erfahrungen und Erkenntnissen gefragt, die aus der bisherigen interkommunalen Zusammenarbeit gewonnen wurden. In einem zweiten Schritt wurde um Stellungnahme gebeten, welche Möglichkeiten und Voraussetzungen für eine Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit nötig und welche wichtigen Aspekte dabei zu beachten sind.

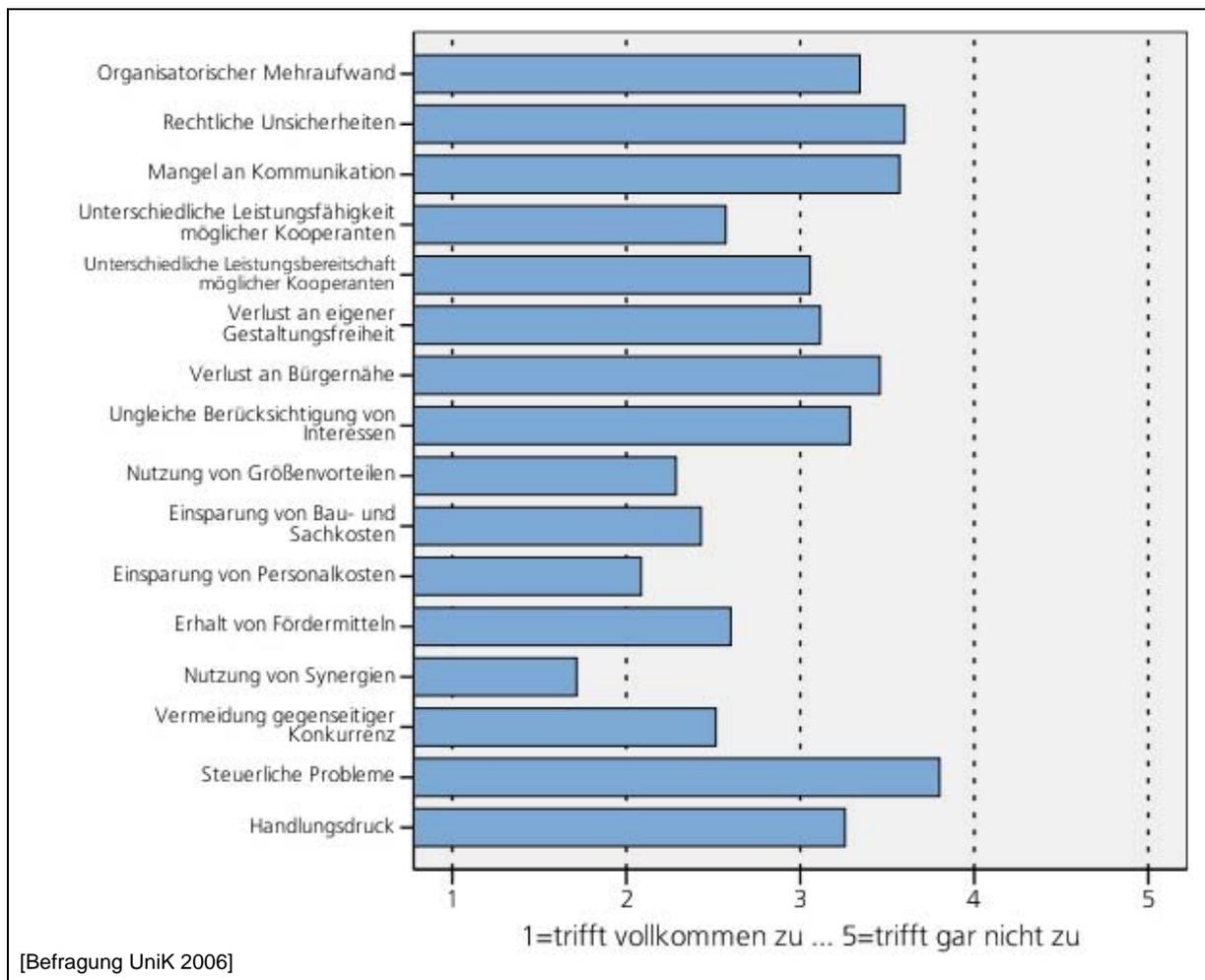
92 % der Befragten sehen in interkommunaler Kooperation ein geeignetes Mittel zur Bewältigung kommunaler Aufgaben und Probleme. Eine Betrachtung nur der Bürgermeisterantworten ergibt, dass 14 von 16 Bürgermeistern interkommunalen Kooperationen positiv gegenüberstehen.

Darüber hinaus verfügen bereits drei Viertel Befragten über Erfahrungen mit interkommunaler Zusammenarbeit. Die Erfahrungen wurden dabei auf unterschiedlichen Handlungsfeldern und gewonnen:

- Abfallwirtschaft
- Tourismus
- Jugendarbeit
- Bauhöfe
- Wasser, Abwasser
- Bäderverbund
- Gewerbegebiet
- Ordnungsbehörden
- Feldwegeverband
- Schwimmbad
- Wirtschaftsförderung
- Datenverarbeitung.

Aus der interkommunalen Zusammenarbeit resultieren unterschiedliche Erkenntnisse (Abb.14).

Abb. 14: Erkenntnisse aus interkommunaler Zusammenarbeit

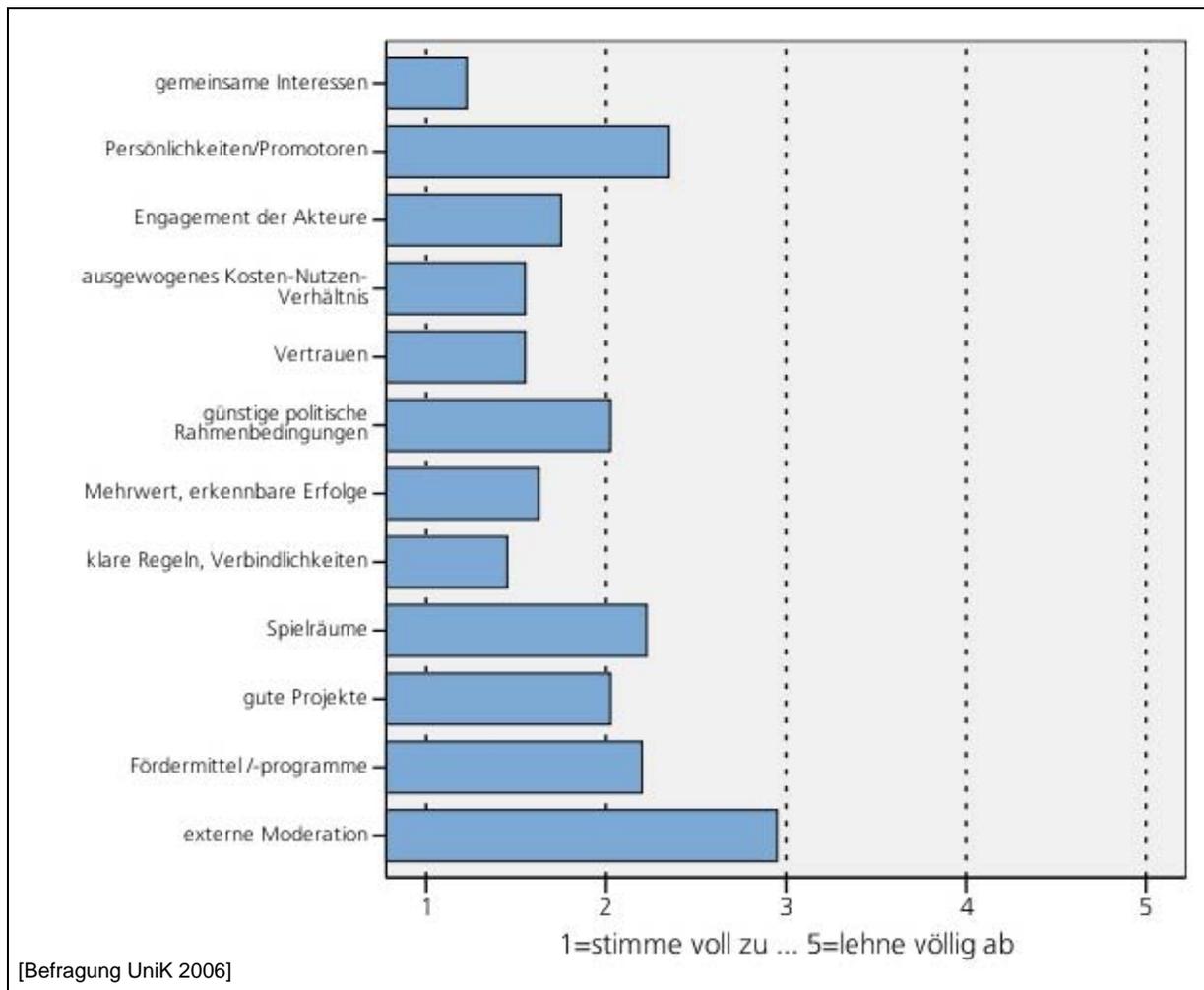


Die Nutzung von Synergieeffekten und Größenvorteilen und die Einsparung von Personalkosten stehen dabei an vorderster Stelle. Ebenso zutreffend sind den Befragten die Einsparung von Bau- und Sachkosten, wie der Erhalt von Fördermitteln.

Weniger zutreffend sind aus Sicht der Akteure dabei rechtliche Unsicherheiten und steuerliche Probleme, der Mangel an Kommunikation, der Verlust an Bürgernähe und die ungleiche Berücksichtigung von Interessen.

Interkommunale Zusammenarbeit als Königsweg ist jedoch nicht voraussetzungslos. Zu den Erfolgsbedingungen der Zusammenarbeit wurden folgende Wertungen getroffen (Abb. 15):

Abb. 15: Wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche interkommunale Zusammenarbeit



In erster Linie sind gemeinsame Interessen die wichtigste Voraussetzung für eine interkommunale Kooperation. Ein weiterer wichtiger Erfolgsfaktor ist auch gegenseitiges Vertrauen, doch wichtiger noch sind klare Regeln und Verbindlichkeiten in der Zusammenarbeit.

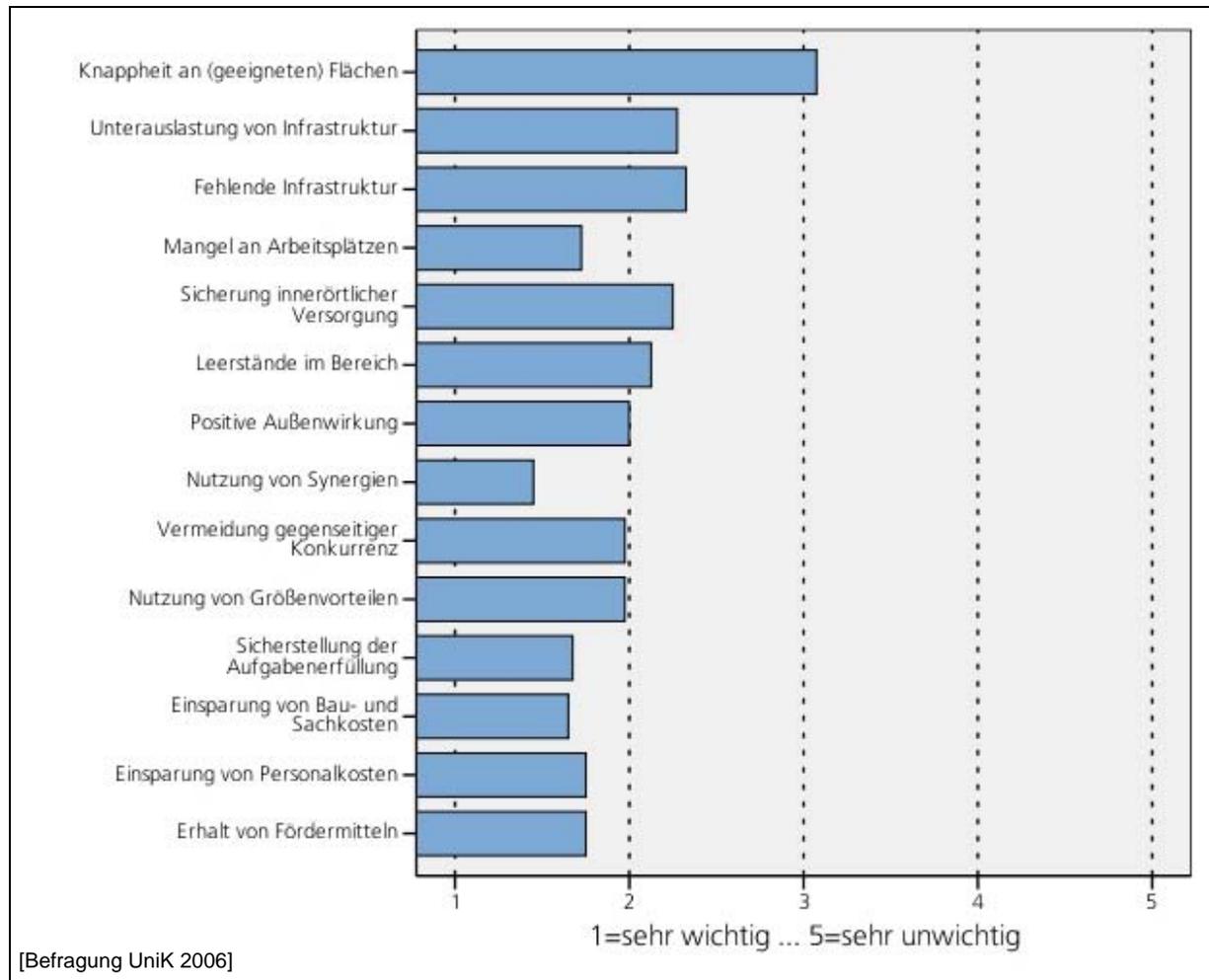
Interkommunale Zusammenarbeit ist kein Selbstzweck: Die Befragten nennen ein ausgewogenes Kosten-Nutzen-Verhältnis und das Erzielen eines Mehrwerts als wesentliche Bedingungen für die Zusammenarbeit.

Allen weiteren Aspekten wird in der Bewertung etwas weniger Gewicht beigemessen, so den Faktoren Persönlichkeiten und Promotoren zur Förderung einer Zusammenarbeit, günstige politische Rahmenbedingungen und gute Projekte.

Noch weniger wichtig erscheint den Befragten eine externe Moderation des Prozesses der interkommunalen Zusammenarbeit. Dies ist ein erstaunliches Ergebnis, lässt aber auf bisherige Erfahrungen in eher konsensualen Feldern der interkommunalen Zusammenarbeit schließen. Denn in Konfliktfeldern ist externe Moderation unumgänglich.

Nach Anlässen und Argumenten für eine künftige interkommunale Zusammenarbeit gefragt, antworteten die Kommunalvertreter wie folgt.

Abb. 16: Anlässe für eine künftige interkommunale Zusammenarbeit



Die Anlässe für künftige Kooperationen liegen demnach für die Kommunen im Werra-Meißner-Kreis nicht in Flächenengpässen (was in Verdichtungsräumen eine große Rolle spielt), sondern eher in der Begrenzung der kommunalen Handlungsfähigkeit aufgrund der wirtschaftsstrukturellen, finanziellen und demographischen Probleme.

Die eindeutige Meinung darüber, dass interkommunale Kooperation als ein geeignetes Mittel zur Bewältigung dieser kommunalen Aufgaben und Probleme gesehen wird, wirft die Frage auf, in welchen Handlungsfeldern sich die Befragten zukünftig vorstellen können, die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen zu beginnen bzw. zu intensivieren.

Abb. 17: Mögliche Handlungsfelder für eine interkommunale Zusammenarbeit

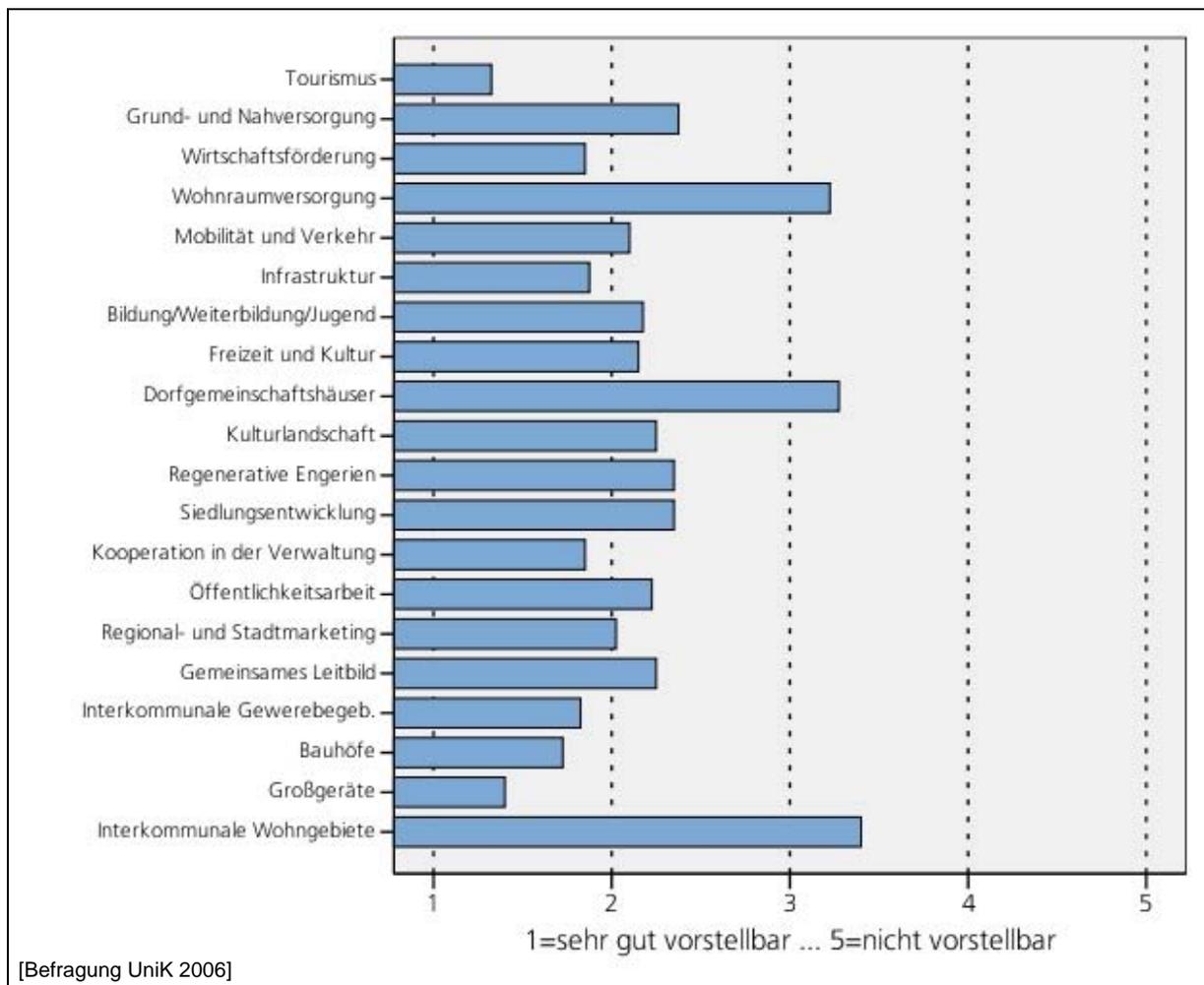


Abbildung 17 zeigt, dass mit Abstand Tourismus und Großgeräte die Handlungsfelder sind, die verstärkt für eine interkommunale Zusammenarbeit in Frage kommen. Eine Kooperation in der Verwaltung sowie eine intensivere Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung nehmen bei den Befragten auch einen hohen Stellenwert ein.

Handlungsfelder, die eine interkommunale Zusammenarbeit nahezu ausschließen, sind aus Sicht der Akteure die Dorfgemeinschaftshäuser, die gemeinsame Versorgung mit Wohnraum und die Etablierung von interkommunalen Wohngebieten. Diese Tabufelder zeigen die *derzeitigen* Grenzen der Kooperationsbereitschaft der Kommunen im Werra-Meißner-Kreis an. Gemeinsame Überlegungen zur künftigen Siedlungsentwicklung kann man sich vorstellen, doch wenn es letztlich um ureigenste Aufgaben kommunaler Planungshoheit wie die Ausweisung von Wohngebieten geht, hört die Kooperationsbereitschaft auf.

4.7 Leitbild / Kommunales Profil

Leitbilder gelten als wichtiges zukunftsorientiertes Instrument der Kommunalentwicklung und beschreiben Ziele und Handlungsfelder für die künftige Entwicklung. Sie können als Basis für ein gemeinsames Regionalmanagement dienen¹³. Eingängige Leitbilder und überzeugende Visionen können Symbolcharakter für die Leitziele der Regionalentwicklung erzeugen. Geraten sie schlüssig und werden sie geeignet kommuniziert, so lösen sie Lern- und Motivationseffekte in der Region aus, führen zu Imitationseffekten bei anderen regionalen Akteuren und erweitern das Akteursnetzwerk¹⁴.

Im nachfolgenden Frageblock wurden die Kommunen

- nach der Entwicklung möglicher Leitbilder auf kommunaler Ebene befragt,
- in welchen Bereichen dies stattfindet, bzw. künftig realisiert werden kann
- und wie die Interviewten gemeinsamen Leitbildern mit Nachbarkommunen, bzw. einem kreisweiten gegenüberstehen.

Nur 12 der 41 Befragten geben an, dass es ein Leitbild in ihrer Kommune gibt oder für die Zukunft erarbeitet wird. Eine Betrachtung der einzelnen Kommunen ergibt, dass sich diese 12 Befragten auf sieben von 16 Kommunen verteilen.

Die Entwicklung und Diskussionen der Leitbilder in diesen Kommunen finden oder fanden im Rahmen von Agenda21-Prozessen statt oder bei der Umsetzung spezieller Programme wie bspw. „Stadtumbau West“.

Die Interviewten geben verschiedene Stärken an, die sie für die Bildung eines eigenen kommunalen Profils sehen. Häufigste Nennungen sind die Themenfelder Tourismus, Lebensqualität, Familienfreundlichkeit und Wohnstandort. Einige der Befragten sehen für ihre Kommune Stärken in der guten Verkehrsanbindung oder beim vorhandenen Flächenangebot für die mögliche Ansiedlung von Gewerbebetrieben.

Ein Leitbild ist in den wenigsten Kommunen vorhanden.
Ein eigenes, speziell auf die Veränderungen durch den demographischen Wandel abstellendes Leitbild oder Profil für die überregionale Standortwerbung hat bisher keine der Kommunen im Werra-Meißner-Kreis entwickelt.

Die Befragten Kommunalpolitiker sehen für die Profilierung überwiegend gute Chancen darin, durch interkommunale Kooperation unterschiedliche Stärken der beteiligten Kommunen zu bündeln. So können eigene Schwächen kompensiert und Synergieeffekte genutzt werden. Damit einhergehend kann die Entwicklung eines gemeinsamen Leitbildes mit benachbarten Kommunen sein.

Die Entwicklung gemeinsamer Leitbilder und die damit verbundene Möglichkeit einer interkommunalen Kooperation ergeben viele Vorteile. Ein effektiveres Handeln ist möglich und damit einhergehend sind kostengünstigere Leistungen für Bürgerinnen und Bürger. Ebenso können somit die bisherigen Qualitätsstandards erhalten werden. Gute Voraussetzungen für eine interkommunale Zusammenarbeit ergeben sich vor allem für den Bereich Tourismus. Allerdings seien auch klare Regelungen notwendig und die Partner müssen sich auf gleicher Augenhöhe begegnen können.

¹³ Knieling 2000

¹⁴ Hahne 2005

Nur wenige der Befragten geben an, dass aufgrund von „Kirchturmdenken“ oder der starken Konkurrenzsituation untereinander ein interkommunales Leitbild nicht denkbar sei.

Die Entwicklung eines *kreisweiten* Leitbildes polarisiert die Kommunalvertreter: 60 % der Interviewten beurteilen die Entwicklung eines solchen Leitbildes positiv, 25 % lehnen die Entwicklung eines kreisweiten Leitbildes ab (15 % haben keine Meinung).

Eine Betrachtung nur der Bürgermeister-Antworten ergibt, dass acht von 16 Bürgermeistern der Entwicklung eines kreisweiten Leitbildes positiv gegenüberstehen, vier haben eine indifferente Meinung, weitere vier Bürgermeister lehnen die Entwicklung eines gemeinsamen Leitbildes ab.

Die Gründe für Akzeptanz und Ablehnung dabei sind vielfältig. Die nachfolgenden Aufzählungen geben einen Überblick der häufiger genannten Argumente:

Pro Leitbild:

- Stärkt das Bewusstsein vieler Akteure für die künftige Entwicklung des Werra-Meißner-Kreises.
- Ist die einzige Chance für den Werra-Meißner-Kreis.
- Sinnvoll, wenn das Leitbild auf breiter Akzeptanz erarbeitet wird.
- Wichtige Zielsetzung; das Leitbild sollte ggf. kreisübergreifend d.h. regional definiert werden.
- Ein langer, schwieriger – aber sinnvoller und nötiger Weg
- Geeignete Persönlichkeiten müssen vorausgehen.
- Für bestimmte Bereiche vorstellbar und wünschenswert.

Indifferente Meinung:

- Die Gestaltung eines Leitbildes dürfte aufgrund der unterschiedlichen Strukturierung und der fehlenden Homogenität des Werra-Meißner-Kreis eher schwierig werden.
- Ist denkbar, aber nicht prioritär notwendig.

Kontra Leitbild:

- Aufgrund unterschiedlicher Interessenlagen nicht realisierbar
- Besser gemeinsame Projekte umsetzen
- Ist nicht wichtig.
- Einheitliches Auftreten in bestimmten Bereichen (z.B. Tourismus) reicht aus.
- Kreis ist zu großflächig, zu viele unterschiedliche Interessen.

Die Diskussion um ein kreisweites Leitbild ist von expliziten Sichtweisen der Kommunen gekennzeichnet. Im Hintergrund spielt hier auch eine mögliche Neuorientierung der Kommunen hinsichtlich einer möglichen bevorstehenden Kreisgebietsreform eine Rolle.

4.8 Unterstützungsbedarf

Im abschließenden Kapitel des Fragebogens wurden die Kommunen nach einem möglichen Unterstützungsbedarf gefragt.

Dabei standen die Fragen im Vordergrund,

- ob ein grundsätzlicher Unterstützungsbedarf besteht
- wenn ja, in welchen Bereichen
- und in welcher Form die Unterstützung stattfinden kann.

39 der 41 Befragten geben an, dass sie aufgrund der künftigen Entwicklungen einen generellen Unterstützungsbedarf für ihre Kommune sehen.

Die Handlungsfelder, bzw. Bereiche in denen ein solcher Bedarf besteht, sind vielfältig. Generell wird Unterstützung gefordert:

- bei der Ansiedlung von Betrieben,
- für den Erhalt der Infrastruktur,
- für die Weiterentwicklung des Tourismus,
- für die Entwicklung eines Leitbildes,
- für die Etablierung einer interkommunalen Zusammenarbeit,
- im Bereich der Kinder- und Familienarbeit,
- im Bereich der Seniorenarbeit
- und in der Wohnraumentwicklung.

Darüber hinaus wünschen sich viele der Befragten vor allem eine finanzielle Unterstützung zur Realisierung von Projekten, aber auch zum Ausgleich der Haushalte.

Unterstützung fordern fast alle Befragten ein.

Entgegen der Aussagen im Kapitel „Interkommunale Kooperation“ wird hier eine externe Beratung oder Moderation für die Entwicklung interkommunaler Prozesse gefordert. Ein weiterer Wunsch ist die externe Hilfestellung bei der Entwicklung von Projekten.

4.9 Zusätzliche Aspekte aus der Bürgermeister-Befragung

Über die schriftliche Befragung hinaus wurden alle Bürgermeister zusätzlich in ausführlichen Interviews mündlich zu den Perspektiven des Werra-Meißner-Kreises und ihrer eigenen Kommune befragt. Die verallgemeinerungsfähigen Aspekte finden sich in diesem Abschnitt, die Einzelaussagen zu den Städten und Gemeinden finden sich im Anhang, Kapitel 7.1.

Allgemeine Einschätzungen zum demographischen Wandel

Der nicht mehr übersehbare demographische Wandel ist im Bewusstsein aller Bürgermeister mehr oder weniger angekommen bzw. vorhanden. Bereits in allen befragten Kommunen ist die Altersverschiebung spürbar. So ist der Anteil der über 65-jährigen in den letzten Jahren deutlich gestiegen und das mengenmäßige Verhältnis von Jung und Alt verschiebt sich immer mehr in Richtung der älteren Generation. Besonders auffallend ist die Zunahme der über 80-jährigen und älteren Alleinstehenden, die oft allein ein Gebäude bewohnen.

So lässt sich für die kommenden Jahre eine Zunahme des Leerstandes mit noch nicht übersehbaren Folgen in den zentralen Lagen und den peripheren Siedlungseinheiten vorhersehen. Der damit einhergehende Bevölkerungsschwund wird sich neben den damit eintretenden städtebaulichen Missständen zusätzlich auf die gesamte wirtschaftliche Lage einer Kommune negativ auswirken.

Diese verschärfte Situation in den innerörtlichen Bereichen ist mittlerweile durchaus von den Kommunen erkannt. Eine der Möglichkeiten zur Entschärfung der Situation lautet in den Aussagen der Bürgermeister, sich als Kommune möglichst attraktiv für junge Familien darzustellen. Deshalb wird unter Einbeziehung der Bevölkerung versucht, dem demographischen Wandel in allen Bereichen aktiv zu begegnen.

Es wird allerdings einen langen Atem brauchen, um auch mittels Kooperationen zwischen den Kommunen die infrastrukturellen Probleme und Defizite, das Fehlen von Arbeitsplätzen im Bereich von Gewerbe und Handel, Fragen der öffentlichen Verkehrsversorgung, der Bildungsangebote und der sozialen Angebote zu bewältigen. Um junge und neue Bürger zu gewinnen, wird es deshalb nicht ausreichen nur neue Baugebiete auf der grünen Wiese zu erschließen, sondern der gesamte Lebensraum als solcher muss in und um die Städte und Gemeinden für Familie und Beruf attraktiver gemacht werden. Dies werden die Kommunen jedoch kaum alleine leisten können; hierzu bedarf es großer Unterstützung von staatlicher Seite, aber auch des Willens der Kommunen durch neue Formen der Zusammenarbeit ihre beschränkten Mittel optimiert und zielgerichtet einzusetzen.

Zu- und Abwanderung

Die Zu- und Abwanderung in den Kommunen ist laut Aussagen der Bürgermeister hauptsächlich durch die wirtschaftliche Lage verursacht. Viele Menschen werden gezwungen, aufgrund des schlechten Ausbildungs- oder Arbeitsplatzangebotes die Gegend zu verlassen oder sehr lange Fahrzeiten in Kauf zu nehmen. Die Tendenz zum Fernpendeln sei aufgrund der Verbundenheit zum eigenen Ort noch sehr weit verbreitet, ließe aber zugunsten von Fortzügen langsam mehr und mehr nach. So erleidet die Mehrzahl der Kommunen immer stärker einen

deutlichen Bevölkerungsverlust.

Vereinzelt haben Kommunen auch den Eindruck, dass bei ihnen eher ein Zuwachs erfolge und somit der demographische Wandel keinen Einfluss auf ihre Kommune zu haben scheine. Daraus ist zu schließen, dass die Verhältnisse je nach örtlicher Situation unterschiedlich sind, wobei die Abwanderungs- und Schrumpfungstendenzen insgesamt überwiegen.

Migranten spielen dabei offensichtlich keine bedeutende Rolle, da sich die Zahl der ausländischen Bürger in den meisten Kommunen in Grenzen hält.

Siedlungsstruktur und Wohnen

Die Ergebnisse der Interviews zeigen sehr unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Kommunen. Dies hängt mit den zum Teil sehr unterschiedlichen Grundbedingungen der jeweiligen Kommune zusammen, sei es die Lage zu größeren Städten oder die bessere verkehrsmäßige Anbindung.

Doch überwiegend haben alle Kommunen mit den durch den demographischen Wandel bedingten Leerständen zu kämpfen. Die Probleme dieser Leerstände sind zwar überwiegend erkannt, werden aber immer noch nicht überall gleich ernst genommen: So liegen in den wenigsten Kommunen Leerstandskartierungen vor, die etwas über die derzeitige Situation aussagen. Dennoch ist man in den meisten Kommunen der Ansicht zu wissen, welche Gebäude leer bzw. in absehbarer Zeit leer stehen.

Um die innerstädtischen Probleme jedoch zu lösen, wird das alleinige Wissen um den Zustand und die vorhandene Situation nicht ausreichen, sondern man benötige klare und fundierte Konzepte zur Stadtentwicklung, die einerseits die Reaktivierung der Stadt- und Ortskerne, aber auch eine maßvolle Entwicklung neuer Gebiete für Wohnen und Gewerbe zum Ziel haben.

In diesem Zusammenhang werde man auch auf die Suche nach neuen Wohnformen gehen müssen, die der veränderten Situation des zahlenmäßigen Verhältnisses zwischen Alt und Jung Rechnung tragen. Als hilfreich werden Förderprogramme wie „Stadtumbau West“ angesehen.

Mobilität und Verkehr

Die Befragung hat ergeben, dass die verkehrliche Anbindung im Werra-Meißner-Kreis überwiegend als schlecht angesehen wird. Alle Kommunen bemängeln dies und kämpfen deshalb seit Jahren um die A 44, die aber erst zu einem Teil ausgebaut ist. Durch die Fertigstellung dieser Autobahn wäre nach Aussagen der Bürgermeister der Werra-Meißner-Kreis insgesamt gut erschlossen und würde damit gute Voraussetzungen für die Zukunft bieten. Lediglich einige wenige Randkommunen, wie Hessisch Lichtenau sind durch die unmittelbare Nähe zu Kassel und die neue Straßenbahnanbindung heute schon verkehrsmäßig gut erschlossen.

Die derzeitige Situation sei deshalb für viele Menschen unbefriedigend und mit zu langen Fahrzeiten verbunden, was zur Abwanderung beiträgt. Besonders die in der Mitte des Kreises gelegenen Kommunen haben mit dieser Situation zu kämpfen. Die nord-, süd- und westlich gelegenen Kommunen betrifft es weniger wegen der Nähe zu den Bundesautobahnen 4, 7, 38 und den Oberzentren Göttingen, Eisenach und Kassel. Der ÖPNV wird als intakt angesehen, wobei allerdings die

kleineren Ortsteile häufig nicht angeschlossen sind. Dies bedeutet, dass die Bewohner der kleinen Orte auch zukünftig verstärkt auf das Auto angewiesen sind. Die derzeitige Situation werde sich aufgrund der hohen anfallenden Kosten, die auf immer weniger Bürger verteilt werden müssen und bereits heute nicht mehr finanzierbar sind sogar noch verschärfen.

In manchen Kommunen werden Anrufsammeltaxis angeboten und finden sehr regen Zulauf, besonders durch die ältere Bevölkerung, die selbst nicht mehr mobil ist. Darüber hinaus stellen vereinzelte Kommunen Fahrzeuge zur Verfügung, um es älteren und hilfsbedürftigen Menschen zu ermöglichen, wenigstens zum nächstgelegenen Arzt zu kommen.

Man erkennt daran ganz deutlich, dass die Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln mit wachsender Entfernung zu den Hauptorten abnimmt. Damit verlieren die kleinen Orte zusätzlich an Attraktivität und könnten somit noch stärker unter dem demographischen Wandel leiden.

Technische Infrastruktur

Die qualitative Bürgermeister-Befragung ergab, dass viele Kommunen in den vergangenen Jahren im Bereich der technischen Infrastruktur große Investitionen getätigt haben, so dass das Alter der Infrastrukturen relativ jung ist. Allerdings haben einige Kommunen diese Investitionen, die sich vor allem auf die Abwasserbeseitigung (Eigenkontrollverordnung), die Wasserversorgung und den Straßenbau beziehen, noch vor sich.

Investitionen sind aufgrund der allorts stark angespannten Finanzlage, trotz hoher staatlicher Zuschüsse, kaum noch leistbar. Dies betrifft nicht nur die Herstellung technischer Infrastrukturanlagen sondern auch deren Unterhaltung.

Die Möglichkeit, diese Kosten über Gebühren auf den Bürger abzuwälzen, sei längst an ihren Grenzen angekommen, so dass mit der Durchführung wichtiger Baumaßnahmen oftmals lange gewartet werden muss.

Eine Möglichkeit, die Ziele im Bereich der technischen Infrastruktur dennoch in einem finanzierbaren und zeitlich überschaubaren Rahmen zu erreichen sei die hier und dort bereits mit Erfolg praktizierte interkommunale Zusammenarbeit. Beispiele sind etwa die Abwasserbeseitigung, die Wasserversorgung oder der gemeinsame Betrieb von Bauhöfen.

Auch im Energiebereich gäbe es noch Entwicklungschancen. Vor allem bei den regenerativen Energien seien noch lange nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft.

Insgesamt werde man aber sowohl über die gesetzlichen als auch die in der eigenen Kommune selbst gesetzten Standards nachdenken und prüfen müssen, was man sich bei schwindenden finanziellen Mitteln in der Zukunft noch leisten kann oder möchte. So sollte bei jeder Investition gleichzeitig auch die spätere Unterhaltung berücksichtigt werden.

Ein Beispiel sind hierfür die vielfach vorhandenen öffentlichen Bäder, die manchenorts den gesamten Haushalt lähmen und die Gemeinde an ihrer eigentlichen Aufgabenerfüllung hindern.

Arbeit und Wirtschaft

Die Wirtschaftslage im Werra-Meißner-Kreis sei (nach Aussagen der Bürgermeister-Interviews) mit Ausnahme der Stadt Hessisch Lichtenau sehr angespannt. Viele Betriebe wandern ab oder schließen ganz. Neugründungen fallen nicht sehr ins

Gewicht, zumindest seien sie nicht besonders spürbar, was die Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze betrifft. Große Hoffnung, produzierendes Gewerbe zukünftig in die Kommunen zu locken, bestehe nicht. Es werde deshalb hauptsächlich auf große Logistikunternehmen und Dienstleistungsbetriebe gesetzt, die sich in Verbindung mit der neuen A 44 hier ansiedeln könnten. Viele Kommunen schließen sich verstärkt zusammen, um attraktive interkommunale Gewerbegebiete mit entsprechender Größe anbieten zu können. Bemerkenswert ist an dieser Stelle, dass zwar viele Gewerbeflächen ausgewiesen werden sollen, aber in diesem Zusammenhang auf Kreisebene angeblich keine ausreichenden Absprachen erfolgen. Da jedoch die Schaffung von Arbeitsplätzen die Voraussetzung für eine zukünftig positive Entwicklung des Werra-Meißner-Kreises sei, sollte unter den Kommunen und auf Kreisebene noch mehr im Sinne eines gemeinsamen Zieles kooperiert werden. Ein weiteres großes Problem stellt die Nahversorgung, besonders in den kleineren Ortsteilen, dar. Nahezu keine kleineren Orts- oder Stadtteile besitzen heute noch einen eigenen Nahversorger, sie werden höchstens noch durch mobile Verkaufswagen versorgt. Ein Zustand, der kaum noch rückgängig werden kann¹⁵ und vermutlich nur durch die Erhaltung der Mobilität auszugleichen sei.

Sozialstruktur

Der demographische Wandel sei in fast allen Kommunen deutlich zu spüren. Die Interviews haben ergeben, dass die Geburtenjahrgänge kontinuierlich zurückgehen und die ältere Generation einen immer größeren Anteil an der Bevölkerung stellt. Verschärft werde das Problem durch die Abwanderung der jüngeren Bevölkerung aufgrund der wirtschaftlichen Lage. Im Bereich der Kindergärten bemühen sich die Kommunen deshalb, das Angebot so familienfreundlich wie nur möglich auszubauen und den Bedürfnissen anzupassen, um junge Familien anzuwerben oder mindestens halten zu können. Das Betreuungsangebot für Ältere sei in manchen Kommunen bereits sehr gut ausgebaut bis hin zu einem Überangebot. Einzelne Kommunen dagegen befinden sich noch in den Anfängen und versuchen die entstandene Nachfrage zu decken. Das typische „Mehrgenerationen-Wohnen“ wie in früheren Jahren sei nur noch vereinzelt in den ländlichen Regionen vorzufinden. Lediglich in einer Kommune ist ein Trend zum Wohnen der Generationen unter einem Dach in Form von Doppelhäusern zu erkennen. Darüber hinaus stellt sich auch noch die Frage nach der Nachbarschaftshilfe, die im ländlichen Bereich noch sehr weit verbreitet ist. So bieten Jüngere oftmals an, für die Älteren mit einzukaufen. Die Jugendarbeitslosigkeit unterscheidet sich von Kommune zu Kommune, ist aber in der Regel sehr gering, da die Jugendlichen spätestens nach ihrer Ausbildung in wirtschaftlich stärkere Regionen ziehen. Ein wichtiger Teil des sozialen Lebens bildet die Vereinsarbeit, die in allen Kommunen sehr ausgeprägt vorhanden ist. Sie lei-

¹⁵ Obwohl es gerade in Hessen gute Beispiele für Bürgerläden gibt. Andere Länder wie Sachsen oder Schleswig-Holstein unterstützen die Rückansiedlung von One-Stop-Shops mit verschiedenen Funktionen in ländlichen Räumen.

det aber wie alle anderen Bereiche stark an der Überalterung der Bevölkerung, was durch Mitgliederschwund und Nachwuchsmangel zum Ausdruck kommt.

Bildung und Weiterbildung

Alle Kommunen bis auf die Gemeinde Berkatal verfügen derzeit noch über eine Grundschule. Es sei aber schon deutlich erkennbar, dass dieses dichte Schulraumangebot in Bezug auf die schwindenden Schülerzahlen zu groß sein dürfte. Das Problem wurde zwar bereits von allen Bürgermeistern erkannt, aber dennoch möchte keine Kommune ihre Grundschule aufgeben, weil sie als sehr wichtiger Standortfaktor in Bezug auf Ansiedlung oder Bleiben von jungen Familien gesehen wird.

Erste Ansätze sind vorhanden, das Schulangebot im Bereich von Ganztageschulen auszuweiten.

Bei den Gesamt- und Berufsschulen wird vereinzelt bereits erfolgreich interkommunal zusammengearbeitet, was aber wiederum mit längeren Fahrzeiten der Schüler verbunden ist.

Die beruflichen Aussichten nach der Schule sind tendenziell sehr schlecht, lediglich eine Kommune hat geäußert, dass das Angebot die Nachfrage an Ausbildungsstellen übersteigt.

Eine deutliche Abwanderung der Jugendlichen ist grundsätzlich während der Ausbildung zu erkennen, für ein Studium sei es sogar weitgehend Voraussetzung, dass man die heimatliche Kommune verlässt.

Migration und Integration

Die Migration und Integration spielt im Werra-Meißner-Kreis laut der Befragung nur in wenigen Kommunen eine Rolle.

So hat Witzenhausen durch die Tabakindustrie und die Universität eine gewisse Anzahl an ausländischen Mitbürgern, die aber zu keinen sozialen Brennpunkten geführt haben.

In den Kommunen Weißenborn, Hessisch Lichtenau und Bad Sooden-Allendorf befinden sich noch belegte Aussiedlerheime, doch äußerte lediglich Hessisch Lichtenau Integrationsprobleme mit den jungen Ausländern. In Bad Sooden-Allendorf sei zwischenzeitlich aufgrund der schlechten Arbeitsplatzsituation eine deutliche Abwanderung der Ausländer zu erkennen.

Bürgerschaftliches Engagement

Die Befragung hat gezeigt, dass das bürgerschaftliche Engagement zukünftig unverzichtbar wird. Es wird zwingend notwendig sein, dass sich die Bevölkerung bisheriger kommunaler Aufgaben annimmt oder diese unterstützt. Ohne die Hilfe der Bevölkerung werde es nicht mehr möglich sein, bestimmte Angebote, wie z.B. Dorfgemeinschaftshäuser oder Schwimmbäder am Leben zu erhalten.

Nach den Aussagen der Bürgermeister lassen sich bereits positive Tendenzen seitens der Bevölkerung erkennen. Das Engagement ist allerdings von Kommune zu Kommune verschieden und hängt sehr oft mit der Lobbyarbeit der Verwaltung und Vereinsvorstände zusammen.

Es gibt in allen Kommunen mehr oder weniger die Möglichkeit, das bürgerschaftliche Engagement noch auszuweiten. Besonders in der geringen Zahl der bisher engagierten Bevölkerung sowie der älteren Generation verbirgt sich noch ein großes Potential das mobilisiert werden kann. Oftmals ist es sehr mühsam die Bürger zu mobilisieren. Dabei ist oft weniger die Bereitschaft der Bürger das Problem, als die persönliche

Ansprache, die notwendig ist, um die Bürger zu gewinnen. Das bürgerliche Engagement könne von den Kommunen nur wenig finanziell unterstützt werden. Genutzt werden nicht-materielle Anreize wie persönliche Auszeichnungen oder Dankbarkeitsbezeugungen.

Abschließend lässt sich sagen, dass die Kommunen von den Bürgern bereits gut unterstützt werden und zukünftig mit noch mehr Unterstützung rechnen können. Kommunen, in denen Forderungen an das bürgerschaftliche Engagement bereits die Grenzen der Zumutbarkeit gegenüber der Bevölkerung erreicht haben, stellen die Ausnahme dar.

Kommunale Finanzen

Die finanzielle Lage der Kommunen hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch verschlechtert. Einerseits hängt dies mit den fehlenden Steuereinnahmen, andererseits aber auch mit den gleich bleibenden Fixkosten der Kommune bei weniger Einwohnern zusammen. Gerade die Unterhaltung der öffentlichen Infrastruktur belastet die Kommunen besonders. Den Kommunen ist weitgehend bewusst, dass der derzeitige Standard unter gleich bleibenden Bedingungen zukünftig nicht mehr gehalten werden kann.

Städtebauliche Entwicklungen können nur noch mit Unterstützung von Förderprogrammen wie „Stadtumbau-West“ geleistet werden. Förderimpulse seitens der Kommunen seien aufgrund der defizitären Haushalte nicht oder nur in vereinzelt Fällen noch möglich.

Besonders im Bereich der Freizeiteinrichtungen wie z.B. der Dorfgemeinschaftshäuser und Schwimmbäder machen sich die Kommunen Gedanken, wie sie diese zukünftig finanzieren können. Viele streben eine Lösung durch die Übergabe der Dorfgemeinschaftshäuser in die Selbstverwaltung der Bürger an, ähnlich bei den Schwimmbädern in Form von Fördervereinen oder Bäderverbänden.

Eine große finanzielle Belastung für die Kommunen sind auch die Feuerwehren, die einerseits als notwendig empfunden und erhalten werden sollen, andererseits aber nur noch selten einen Einsatz-Trupp stellen können.

Insgesamt, und dies gilt nicht nur für diesen Kreis, werden die Kommunen ihre Ausgaben verstärkt, wenn auch mit gewissen Schmerzen für die Bürger, wieder an ihre Einnahmen anpassen müssen.

Interkommunale Kooperation

Interkommunale Zusammenarbeit wird derzeit auf verschiedensten Ebenen zwischen einzelnen oder mehreren Kommunen, aber auch kreisweit praktiziert. Besonders im gewerblichen Bereich wird häufig mit Nachbarkommunen die Entwicklung eines gemeinsamen Gewerbegebietes vorangetrieben.

Auf der Verwaltungsebene interkommunal zusammen zu arbeiten, wird sehr unterschiedlich gesehen, einerseits könnten durch Personaleinsparungen hohe Ausgabenminderungen erzielt werden, andererseits würde aber auch die Bürgernähe deutlich leiden.

Häufiger wird bereits in den Bereichen der Wasser- und Abwasserversorgung, der Schwimmbäder, der Abfallentsorgung, des Tourismus, der Bauhöfe, der Wirtschaftsförderung, der Datenverarbeitung und der Jugendarbeit interkommunale Kooperation

betrieben.

Über die interkommunale Zusammenarbeit der Feuerwehren wird bisher nur gesprochen, erste Anzeichen einer Lösung, diese in ihrer jetzigen Form nicht mehr zu erhalten, gibt es derzeit noch nicht.

Viele Kommunen sehen aufgrund ihrer Größe nur in vereinzelten Bereichen eine interkommunale Zusammenarbeit als sinnvoll an. Hinzu kommt, dass viele Kommunen sich noch nicht intensiv genug mit dem Thema befasst haben und auch Probleme in der rechtlichen Abwicklung sehen.

Trotz aller Vorbehalte gegen ein engeres Zusammenarbeiten der einzelnen Kommunen herrscht die Meinung vor, dass eine Gebietsreform früher oder später unumgänglich sei, weil in vielen Fällen die Gemeinde- und Stadtgrößen nicht ausreichen, um überlebensfähig zu bleiben. In einer Kommune spricht man bereits über eine Fusion mit einer Nachbarkommune.

Notwendig sei es auf jeden Fall, die Verwaltungskraft zu bündeln, um die Aufgaben in den Kommunen langfristig wirtschaftlicher erfüllen zu können.

Leitbild

Laut Befragung haben nicht alle Bürgermeister konkrete Vorstellungen hinsichtlich eines Leitbildes. Es lässt sich jedoch sagen, dass alle Kommunen den Werra-Meißner-Kreis in seiner jetzigen Konstellation erhalten möchten. Von den einen wird vorgeschlagen, den Kreis unter einem einheitlichen Namen, der das Wort „Werra“ enthält, zu vermarkten, andere wiederum sehen ein gemeinsames Leitbild aufgrund ihrer geographischen Lage und ihrer regionalen Zugehörigkeitsgefühle sehr kritisch. Eine Kommune äußerte gar, dass eine sinnvolle Zusammenarbeit und Chance für den Werra-Meißner-Kreis nur darin bestehe, dass die vier geographisch unterscheidbaren Bereiche unabhängig voneinander ihre eigenen Ziele verfolgen.

Andere wiederum plädierten dafür, das teilweise noch vorhandene „Kirchturmdenken“ zu überwinden, um damit die Voraussetzungen für eine gute Zusammenarbeit zu schaffen.

Abschließend lässt sich sagen, dass es unter den gegebenen Umständen schwierig sein wird, den Werra-Meißner-Kreis nach außen als ein einheitliches Gebilde mit einem eigenen „Wir-Gefühl“ zu präsentieren.

Handlungs- und Unterstützungsbedarf

Die Ergebnisse der Interviews zeigen, dass nahezu bei allen Kommunen im Werra-Meißner-Kreis in irgendeiner Form Handlungs- und Unterstützungsbedarf besteht. Die Bereiche, in denen ein Handlungs- und Unterstützungsbedarf gesehen wird, reichen von der Stadtentwicklungsplanung, der Ansiedlung von Betrieben, dem Erhalt der Infrastruktur, der Weiterentwicklung des Tourismus, der Entwicklung eines Leitbildes, der Etablierung einer interkommunalen Zusammenarbeit, der Kinder- und Familienarbeit, der Seniorenarbeit bis hin zur Wohnraumentwicklung. Darüber hinaus wünschen sich viele der befragten Bürgermeister hauptsächlich eine finanzielle Unterstützung, einerseits um die Entwicklung ihrer Kommune voranzutreiben, andererseits auch zum Ausgleich der überwiegend defizitären Haushalte. Zusätzlich wird eine Unterstützung in Form von externer Moderation als Hilfestellung und Begleitung von Projekten als sehr wichtig angesehen.

5 Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Die Ergebnisse der Befragung der Fraktionsspitzen und Bürgermeister der Gemeinden und Städte des Werra-Meißner-Kreises zeigen deutlich, dass der demographische Wandel im Werra-Meißner-Kreis als Thema zukunftsorientierter Kommunalpolitik den Fraktionsspitzen zwar grundsätzlich bekannt ist, aber in seinen weitgehenden Folgen noch nicht genügend ins Bewusstsein gelangt ist. Daher verwundert es nicht, dass die kommunalpolitischen Diskussionen noch nicht zu mutigen neuen Strategien und tatkräftigen Schritten in den Kommunen geführt haben.

Insgesamt zeigen sich die Kommunen sowohl einzeln als auch bei ihren Schritten in Richtung interkommunaler Zusammenarbeit noch zu mutlos. Dabei birgt der demographische Wandel nicht nur Risiken, sondern eröffnet auch Chancen in unterschiedlichen Handlungsfeldern, sich nachhaltig für die Zukunft aufzustellen. Dafür gilt es geeignete Strategien zu entwickeln.

Klar ist: Schon heute sind die ersten Schritte hierfür einzuleiten, denn sonst werden die negativen Folgen des demographischen Wandels die Kommunen so stark überrollen, dass eigenständiges Handeln kaum noch möglich ist. Und: Die Kommunen stehen im Wettbewerb mit anderen Regionen, die sich mit ähnlichen Fragestellungen auseinandersetzen und bereits auf dem Weg sind, mit kreativen Schritten dem demographischen Wandel neue Perspektiven für die eigene Regionalentwicklung abzugewinnen.

Da mutige Schritte erforderlich sein werden, ist eine wichtige Grundvoraussetzung zur Gestaltung derartiger Entwicklungsprozesse, die öffentliche Diskussion um geeignete Zukunftsstrategien zur Bewältigung des demographischen Wandels voranzutreiben. Dazu gehören zumindest folgende Teilschritte:

- **Informationen und Beratung für Entscheidungsträger**
Die Ergebnisse zeigen, dass die Folgen und Auswirkungen des demographischen Wandels noch unzureichend bekannt sind. Daher ist es dringend notwendig, alle beteiligten Akteure – über alle Entscheidungsebenen und Politikbereiche hinweg – für die zukünftige Problematik zu sensibilisieren. Insbesondere die Bürgermeister benötigen detaillierte Informationen und Hilfestellungen, um das Thema in den lokalen Gremien professionell behandeln zu können.
- **Sensibilisierung der Bevölkerung**
Die Bevölkerung muss durch gezielte Aufklärungsmaßnahmen für das Thema sensibilisiert werden. Dafür ist es notwendig, gezielt auf die Bevölkerung zuzugehen und ohne Beschönigung die Fakten zu präsentieren. Bürgerversammlungen sind ein geeignetes Instrument zur Information und Sensibilisierung.
Nur durch Akzeptanz in der Bevölkerung können auch unpopuläre Entscheidungen getroffen werden (Zukunft der Dorfgemeinschaftshäuser etc.).
- **Moderation und Beratung für die Kommunen**
Für beide vorgenannte Maßnahmen ist eine externe Moderation und Beratung für die Kommunen sinnvoll. Eine externe Steuerung ermöglicht eine überparteiliche Vorgehensweise in der Thematik, außerdem können Impulse und Ideen von außen eingebracht werden.

Über diese allgemeinen (und immer wieder empfohlenen)¹⁶ Ansätze hinausgehend sind inhaltliche Schritte notwendig, um die Städte und Gemeinden im Werra-Meißner-Kreis kreativ und zukunftsorientiert mit dem demographischen Wandel umgehen zu lassen.

¹⁶ Eckert u.a. 2005, Thrun u.a. 2005, Bertelsmann Stiftung 2006

5.1 Leitbilder zur Siedlungsentwicklung

Die Ergebnisse der Befragungen zeigen, dass die Kommunen sich bisher nur im geringen Umfang Gedanken über die zukünftige Siedlungsentwicklung gemacht haben. Leitbilder und Strategien zu einem kreativen Umgang mit dem demographischen Wandel fehlen. Als Leitbilder werden weitgehend allgemeine Zukunftsvorstellungen geäußert, die sich nicht wesentlich zwischen den Kommunen unterscheiden („familiengerecht“, „altengerecht“, Tourismusorientierung). Spezifische Strategien, welche auf die Herausforderungen des demographischen Wandels eingehen, werden nicht explizit genannt. Ohne derartige Strategien kann aber auch der Hoffnungsträger „interkommunale Zusammenarbeit“ nicht zielgerichtet eingesetzt werden.

Die Bevölkerungsprognosen für die Region zeichnen einen deutlichen Trend. Die über den Bedarf ausgewiesenen Baugebiete führen zu Anreizen, am Ortsrand und in kleinen Ortsteilen zu bauen, während gleichzeitig die Kernbereiche ausdünnen und teilweise leer fallen. Fehlende Dichte in den Kernorten führt zu fehlender Nachfragekonzentration für Infrastrukturen und Geschäfte, so dass die Kernorte durch eine derartige Siedlungsstrategie geschwächt werden und (weiter) ausdünnen. Damit werden aber auch die Städte der Region unattraktiver und die Abwanderungsspirale wird forciert statt abgeschwächt.

Klare und zwischen den Kommunen konsensual erarbeitete Leitbilder zur künftigen Siedlungsentwicklung könnten hier neue Perspektiven aufzeigen und nicht nur einen effizienteren Mitteleinsatz bewirken. Eine Konzentration der Siedlungsentwicklung auf Kernorte, eine Mittelkonzentration auf konsensual festgelegte Problemsiedlungen, eine Strategie zur Auflockerung der Kernbebauung (größere und attraktivere Grundstücke im Kern), Anreize für Neubürger („Begrüßungsprämien“), eine „Wiederkehrerzeitung“¹⁷... Viele Dinge mehr sind denkbar und könnten in einem Leitbild zur Diskussion gestellt werden.

Dabei lässt sich an vorhandene Ideen anknüpfen, die vor allem im Hinblick auf den fortgeschrittenen Bewohnerschwund in den neuen Ländern¹⁸, aber auch auf Strategien in den alten Ländern¹⁹ beruhen können. Mögliche Leitbilder für die Siedlungsentwicklung könnten sein:

- Konzentration der Siedlungsentwicklung auf ausgewählte Siedlungsbereiche (Leitbild der „dezentralen Konzentration“)
- Innenentwicklung vor Außenentwicklung
- Kompakte Stadt
- Perforierte Stadt²⁰
- Kooperation in der Siedlungsplanung: Abgestimmtes regionales Siedlungskonzept²¹.

Daraus resultierende Handlungsempfehlungen für die Kommunen:

- Anpassung der Wohngebietsausweisungen auf künftige Bedarfe
Strategische Überlegungen zur Konzentration der Siedlungsentwicklung,
Nachdenken über Rückbau und ein regionales Flächenmanagement

¹⁷Der Kreis Bautzen macht ehemalige Bewohner der Region durch eine periodisch versandte „Heimatzeitung“ auf Besonderheiten und Angebote der Region aufmerksam.

¹⁸Vgl. z.B. das Programm „Stadtumbau Ost“, das Modellvorhaben der Raumordnung „Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Bundesländern“, das Modellprojekt „GENIAL zentral“ des Landes Thüringen und andere mehr.

¹⁹Vgl. Ansätze im Programm „Stadtumbau West“, das „Modellprojekt Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch Aktivierung des innerörtlichen Potenzials (MELAP)“ des Landes Baden-Württemberg und andere mehr.

²⁰Diese Perspektive einer „Stadt mit Lücken“ wird als Teilstrategie in der Stadt Leipzig verfolgt.

²¹Vgl. dazu als Vorreiter den Zweckverband „Schwalm-Eder-West“, siehe Hahne u.a. 2005

- Durchführung von Leerstandskartierungen
 Zur Belebung der Kernlagen ist vor allem ein Wissen um die Leerstände nötig. Die wenigsten Kommunen haben bisher eine Leerstandskartierung durchgeführt. Daher ist es dringend notwendig in diesem Bereich aktiv zu werden. Neben den heutigen Leerständen muss auch die Entwicklung für die nächsten Jahre berücksichtigt werden.
- Anpassung des Wohnraums auf künftige Begebenheiten
 Die früheren Wohnraumstrukturen entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen. Hier müssen im Zusammenhang mit Altbausanierungen entsprechende wohnräumliche Konzepte entwickelt werden, die der zukünftigen Entwicklung entsprechen.
- Förderung von Altbausanierungen
 Der Denkmalschutz behindert häufig eine Sanierung bestehender Gebäude in den Kernlagen. Dieser ist einerseits aufgefordert, vorhandene Bestimmungen zu überdenken, auf der anderen Seite müssen zur Förderung von Altbausanierungen entsprechende Förderprogramme installiert werden.
- Gezielter Rückbau
 Der Neubau von Häusern außerhalb und der gleichzeitige Leerstand in den Kernlagen zeigen eine gegenläufige Entwicklung. Grund für eine Neubauentscheidung ist unter anderem die dichte Bebauung im innerstädtischen Bereich. Ein gezielter Rückbau bestehender Gebäude ermöglicht die Schaffung von Freiräumen und somit einen Zugewinn an Attraktivität der bestehenden Wohnanlagen in den Kernlagen für künftige Nutzer.
- Öffentliche Information und Diskussion über die Kostenwahrheit
 Die Bürgermeister beurteilen den Zustand der technischen Infrastruktur als zufriedenstellend. Ein Sanierungsbedarf wird gegenwärtig nicht gesehen. Dennoch werden sich bei zurückgehender Bevölkerung in Zukunft die Gebühren pro Kopf erhöhen. Über diese Problematik muss die Bevölkerung informiert und gemeinsame Lösungsmöglichkeiten für die Zukunft erörtert werden.
- Leitbilder zur Siedlungsentwicklung
 Zur Bündelung der Strategie und besseren Diskussion nach außen sollten Leitbilder zur Siedlungsentwicklung erarbeitet werden, welche als räumliche Siedlungskonzepte die räumlichen Schwerpunkte für Weiterentwicklung, Rückbau und Sanierung festlegen sollten. Die Kommunen sollten sich mit Beschlüssen zur Selbstbindung und Eintreten in gemeinsame Entwicklungsverbände aktiv zu diesen Leitbildern bekennen. Dabei wird es nicht um kreisweite Leitbilder gehen, sondern um teilräumlich abgestimmte Strategieentwicklungen.

5.2 Verkehr und Mobilität

Die Verkehrs- und Mobilitätsangebote im Kreis sind, wie auch aus den Befragungen hervorgeht, sehr unterschiedlich. Die großen Städte Eschwege, Witzenhausen und Bad Sooden-Allendorf verfügen über Stadtbussysteme, an welche zahlreiche Ortsteile angeschlossen sind. Hessisch Lichtenau hat seit Ende 2005 einen Straßenbahnanschluss nach Kassel. Am Beispiel von Hessisch Lichtenau wird auch deutlich, wie unterschiedlich die Entwicklungen einerseits im Kreis, auf der anderen Seite innerhalb einer Kommune sein können. Einige Ortsteile von Hessisch Lichtenau werden durch den öffentlichen Personennahverkehr versorgt, der in Zukunft nur noch entlang der Hauptverkehrsachsen aufrechterhalten wird. Insbesondere die kleinen Kommunen im Kreis sind von dieser Entwicklung betroffen. Die dort lebenden Personen sind auf das Auto angewiesen, da der wesentliche Nachteil des ÖPNV im Kreis ungünstige Takte und lange Fahrtzeiten sind. Vor allem die älteren Menschen stellt dies vor erhebliche Mobilitätsprobleme. Diesen sollte aber der Zugang und die Nutzung von Bussen und Bahnen ermöglicht werden; ihrer mit dem Alter steigenden Wegeempfindlichkeit ist beispielsweise durch flexiblere Halte zu begegnen. Besonders diese Nutzergruppe ist gegenüber Sicherheitsaspekten und Komfort sensibel. Insgesamt kommt es also auf ein verständliches Verkehrssystem in Linien-, Takt- und Tarifangebot sowie eine seniorengerechte Gestaltung der Fahrzeuge und Haltestellen an.

Des Weiteren muss berücksichtigt werden, dass der Schülerverkehr im Werra-Meißner-Kreis mittlerweile nicht mehr im so genannten freigestellten Schülerverkehr bedient wird. Schüler fahren im regulären Linienverkehr der öffentlichen Verkehrsmittel mit bzw. die Schulbusse fungieren gleichzeitig als Linienbusse. Dies gilt als besonders preisgünstig²² und ist notwendig, da der Rückgang staatlicher Subventionen im Schülerverkehr ausgeglichen und eine weitere Abhängigkeit des ÖPNV vom Schülerverkehr im ländlichen Raum vermieden werden muss. Immerhin machen die Einnahmen-Erlöse aus dem Schülerverkehr über 40 % der Einnahmen der Nahverkehrsgesellschaft Werra-Meißner mbH (NWM) aus.²³ Zukünftig wird die Abnahme der Schülerzahlen zu einer geringeren Auslastung der Busse führen, auf der anderen Seite werden sich durch die Zentralisierung der Schulstandorte die Wege für viele Schüler verlängern.

Bezüglich des ÖPNV wird der Werra-Meißner-Kreis folglich in den nächsten Jahren eine Reihe von Anpassungsmaßnahmen vornehmen müssen: Das Angebot des ÖPNV muss an die sich ändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst werden: Im Werra-Meißner-Kreis wird es, wie in ländlichen Räumen allgemein, differenzierte Bedienungsformen und insofern differenzierte Strategien des Infrastrukturangebots geben bzw. sogar geben müssen. Die Rahmenbedingungen der demographischen Entwicklung und die damit verbundenen Einnahmerückgänge, die zu befürchten sind, bedingen dies. Dabei sind die Hauptlinien des Busverkehrs möglichst langfristig zu sichern.

Eine Lösungsmöglichkeit für die Bedienung der Nebenlinien bieten flexible Anrufsammeltaxen (AST). Diese eröffnen die Möglichkeit, durch flexibel gehandhabte Fahrtzeiten das Angebot theoretisch sogar zu vergrößern. Eine Bedienung von Nebenlinien in Morgen- oder Abendzeiten wird sogar wahrscheinlicher, wenn die Bedienung der Linie an einen Unternehmer vor Ort abgegeben werden kann. Hierzu müsste ein funktionierendes Informationssystem installiert werden, um die Akzeptanz eines solchen Konzeptes bei der Bevölkerung aufzubauen.

Weitere Lösungsmöglichkeiten, die Mobilität nichtmotorisierter Einwohner zu verbessern, besteht in privaten Fahrgemeinschaften und privat organisierten Einkaufs- sowie

²² Pressemitteilung des Kreises Hersfeld-Rotenburg vom 03.02.2005: „Schulen sollen mithelfen, die Beförderungskosten zu senken.“

²³ Pressemitteilung der NWM mbH von 15.12.2004, S.1

Fahrdiensten oder in Bürgerbuskonzepten („Bürger fahren Bürger“), die es bereits in unterschiedlichen Modellprojekten in Deutschland gibt. Hier lässt sich privates Engagement mobilisieren.

Grundsätzlich müssen Raum- und Verkehrsplanung in Zukunft integriert betrachtet werden, um sicherzustellen, dass die Städte und Gemeinden im Werra-Meißner-Kreis ausreichend durch Infrastrukturen des öffentlichen und des Individualverkehrs erschlossen sind. In diesem Zusammenhang müssen Überlegungen getätigt werden, für welche Kommunen eine Bedienung mit öffentlichem Verkehr zukünftig noch tragfähig bzw. eine Siedlungserweiterung aus Sicht der Verkehrserschließung noch sinnvoll ist. Die Erschließungs- und Betriebskosten sind umso höher, je weniger die Siedlungsentwicklung räumlich konzentriert wird.

Für das Angebot an Verkehrsinfrastruktur bedeutet dies, dass es in Zukunft eine Konzentration auf den Erhalt von Infrastrukturen statt Neubau geben muss. Dieser wird sich auf die Fixpunkte des Angebotes sowie nötige Lückenschlüsse und Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität (bspw. Verkehrsberuhigung, Maßnahmen zur Verminderung von Feinstaubbelastung, Umgehungsstraßen) beschränken.

5.3 Arbeit und Wirtschaft

Aus den Interviews mit den Bürgermeistern geht hervor, dass im Bereich Arbeit und Wirtschaft in Zukunft erhebliche Anstrengungen gemacht werden müssen, um die Arbeitslosigkeit zu senken und weitere Abwanderungen zu verhindern.

Die Handlungsmöglichkeiten der lokalen Entscheidungsträger zur Belebung der Wirtschaft im Werra-Meißner-Kreis sind begrenzt. Hier wirken ökonomische Entscheidungen der Unternehmen und das übergeordnete Setzen politischer Rahmenbedingungen sehr viel stärker als kommunalpolitische Anstrengungen.

Einige der Befragten versprechen sich durch den Bau der Bundesautobahn 44 positive Impulse für die Wirtschaft, insbesondere durch neue Gewerbeansiedlungen. Inwieweit diesen Hoffnungen reale Ergebnisse entgegenstehen werden, wird sich zeigen. Um größere Multiplikatoreffekte zu erzielen, ist über das bloße Angebot an Gewerbeflächen hinaus eine gezielte Ansiedlungsstrategie zu erarbeiten. Da diese Entwicklungsmöglichkeit noch nicht absehbar ist, müssen die Kommunen mit den vorhandenen Strukturen versuchen, den Wirtschaftsstandort Werra-Meißner-Kreis zu stärken. Sicher wird die BAB 44 zu einem besseren Anschluss an das Oberzentrum Kassel führen, was wiederum Vorteile auch für die Wohnentwicklung ergibt.

Derzeit bieten sich u.a. folgende Handlungsmöglichkeiten im Feld „Wirtschaft und Arbeit“:

- Einzelhandel und Nahversorgung
Hinsichtlich des Einzelhandels sei auf verschiedene Initiativen zur Förderung der Einkaufsattraktivität in den Zentren verwiesen (Werberinge, Veranstaltungen, Rabattsysteme, Regionalwährungen etc.). Hier gilt es, diese Initiativen zusammenzuführen und zu gemeinschaftlich schlagkräftigeren Aktionen auszubauen.
In den Ortsteilen sind Bemühungen zur Erhaltung letzter Einkaufsmöglichkeiten bzw. zur Verbesserung der mobilen Versorgung zu unterstützen (siehe auch 4.6).
Eine wichtige Bedeutung kommt auch dem Einkaufsverhalten vor Ort zu: Hier sind Bemühungen um bewusstes Einkaufen vor Ort und die Unterstützung lokaler Nahversorgung und regionaler Wirtschaftskreisläufe durch Informationen zu fördern.
- Regionale Wirtschaftskreisläufe
Regionale Wirtschaftskreisläufe sind nicht nur ein Thema für den Einzelhandel, sondern auch für die sonstige Wirtschaft. Dies beginnt beim Einkaufen der Gastronomie und endet noch nicht im Bereich Energie (nachwachsende Rohstoffe vor Ort).
- Ausbau des Tourismus
Viele der Befragten sehen im Bereich Tourismus ein großes und noch nicht vollständig genutztes Potenzial. Dieses muss noch professioneller und innovativer angegangen werden (siehe auch unter Handlungsempfehlung „Interkommunale Kooperation“). Der Ausbau dieses Handlungsfeldes benötigt Phantasie und Professionalität, um neue Möglichkeiten zur Schaffung neuer Erwerbsmöglichkeiten und für das Entstehen neuer Arbeitsplätze zu bieten.
- Förderung von Existenzgründern
Eine wichtige Zukunftsbasis für die Wirtschaft stellen Neugründungen von Unternehmen dar. Hier kann durch eine engere Verzahnung der Bildungsangebote mit den Beratungsangeboten und Fördermöglichkeiten eine noch stärkere Initiative entfaltet werden. Die Zusammenarbeit der Wirtschaft mit Schule, Berufsbildung und dem Universitätsstandort Kassel-Witzenhausen zur frühzeitigen Vorbereitung auf eine mögliche Selbständigkeit kann noch ausgebaut werden.

5.4 Seniorenpolitik und Altenplanung

Die Veränderung der Alterstruktur in der Bevölkerung veranlasst ein Umdenken in der Senioren- und Altenpolitik. Die Ergebnisse der Befragungen zeigen, dass bisher zurückhaltend über diese Thematik nachgedacht wurde. Die Versorgung der älteren Menschen wird aber künftig die Kommunen vor eine besondere Herausforderung stellen.

Besonders folgende Bereiche müssen dabei in den Focus gerückt werden:

- **Versorgungssituation der älteren Menschen**
Die Versorgungssituation ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt in den Kommunen des Werra-Meißner-Kreis annähernd gesichert. Für die Zukunft wird es aber insbesondere im Grundversorgungsangebot zu weiteren Einschnitten kommen, da immer weniger Läden und Dienstleistungen in einzelnen Ortsteilen vorgehalten werden können. Dies betrifft ebenso die Gesundheitsversorgung und Pflege alter Menschen.
Verschärft wird diese Situation durch die Ausdünnung des ÖPNV-Netzes. Daher ist es dringend erforderlich, geeignete Maßnahmen zu treffen, um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken. Die mobilen Nahversorger müssen unterstützt und ausgebaut werden. Zustelldienste können diese Angebote geeignet unterstützen. Die mobilen Pflegedienste, die zum großen Teil durch die karikativen Einrichtungen gestellt werden, müssen geeignet unterstützt werden.
- **Wohnsituation der Senioren**
Der Blick in die Kommunen zeigt, dass es immer mehr alleinlebende ältere Menschen gibt. Ein Mehrgenerationenwohnen findet heute kaum noch statt. Bei der zukünftigen städtischen Planung muss deshalb berücksichtigt werden, geeignete Ideen und Konzepte zu entwickeln, die ein Zusammenleben von Jung und Alt ermöglichen. Dadurch kann auch die vorgenannte Problematik in der Versorgungssituation entschärft werden.
- **Aktivierung des ehrenamtlichen Potentials**
Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass ehrenamtliches Engagement in fast allen Kommunen zum Standortfaktor geworden ist. Vor allem in den Vereinen sind die Senioren ein wichtige Stütze. Dennoch gibt es unter den Senioren noch ein enormes Potenzial, das abgerufen werden kann. Es muss darüber nachgedacht werden, auch andere Felder für die Senioren zu öffnen.
Geeignete Bereiche dafür finden sich
 - im Freizeit- und Kulturbereich,
 - in der Altenarbeit,
 - in der Kinderbetreuung,
 - aber auch im Umfeld bisheriger kommunaler Aufgaben.
- **Einführung von Seniorenbeauftragten und Seniorenbeiräten**
Die vorgenannten Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur führen langfristig zu einer „Seniengesellschaft“. Durch die Installation von Seniorenbeauftragten und Seniorenbeiräten kann ein Netzwerk für ältere Menschen geschaffen werden, durch dessen Organisation entsprechende Lobbyarbeit und Mitsprache auf politischer Ebene ermöglicht wird.
Organisatorisch müssen solche Institutionen in allen Kommunen, aber auch kreisübergreifend installiert werden.

5.5 Kinder- und Familienpolitik

Die Ergebnisse aus den Befragungen verdeutlichen, dass die Kinder- und Familienpolitik zunehmend zum Standortfaktor für die Kommunen wird.

Insbesondere der starke Geburtenrückgang zwingt die Kommunen im Kreis zur Etablierung neuer Konzepte. Ganztageseinrichtungen und die Betreuung von Kindern unter drei Jahren sind bereits umgesetzt oder befinden sich im Ausbau.

Wie die Befragung zeigt, konnten bisher Gruppenschließungen von Kindergärten oder Schulschließungen weitgehend vermieden werden. Für die Zukunft ist dies allerdings nicht mehr auszuschließen.

Daher ist es unumgänglich über Konzepte nachzudenken, die einen Bestand der bisherigen Einrichtungen sichern können, um somit einen attraktiven Standortvorteil erhalten zu können.

Die Überlegungen der Kommunen könnten in folgende Richtungen gehen:

- Im Bereich der Kindergärten ist ein bedarfsorientiertes Netz an Ganztageseinrichtungen zu schaffen. Mit Gruppenschließungen muss konstruktiv umgegangen, für freiwerdende Räumlichkeiten müssen Alternativen oder Umnutzungsmöglichkeiten gefunden werden. Multifunktionale Lösungen beleben Standorte und können neue Zentralität schaffen.
- Die Kommunen müssen sich nach außen öffnen. Die in Aussicht stehenden Schulschließungen müssen zu einem interkommunalen Schulkonzept führen, das bedarfsgerecht und möglichst ohne weite Strecken für die Schülertransporte entwickelt werden muss. Dies darf nicht zu einer Zentralisierung des Schulangebotes nur in der Kreisstadt führen.
- Auch im Bereich der Schulen sind weitere Ganztagesangebote zu schaffen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Ganztagesangebote führen zudem zu einer Aufwertung der Region.
- Die räumliche Bündelung von Einrichtungen und ihre gute Anbindung sind wichtige Argumente im Wettbewerb um junge Familien. Daher ist die Kinder- und Familienpolitik sehr eng mit den Bereichen Siedlungsentwicklung und Mobilität verknüpft. Die Ausweisung von Wohngebieten sollte hinsichtlich dieser Kriterien der Kinder- und Familienfreundlichkeit überprüft werden.

5.6 Bürgerschaftliches Engagement

Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass das bürgerschaftliche Engagement ein großes Potenzial für die künftige Entwicklung der Kommunen bietet.

Die ehrenamtliche Arbeit wird in den Kommunen häufig durch ältere Bürger geleistet.

Viele Bürger sind dazu bereit, sich noch mehr ehrenamtlich zu engagieren, fordern aber von den kommunalen Entscheidungsträgern entsprechende Aufforderung, Unterstützung und Anerkennung. Außerdem ist es von großer Bedeutung, die Bürger auch bei Entscheidungsprozessen der kommunalen Entwicklung zu beteiligen, damit entsprechende Beschlüsse durch die Bevölkerung mitgetragen und somit auch sich selbsttragende Veränderungsprozesse initiiert werden.

Daher sind die Kommunen aufgefordert, die Potenziale des bürgerschaftlichen Engagements noch stärker zu aktivieren. Des Weiteren müssen die Bemühungen und Arbeiten der Bürger stärker gewürdigt werden.

Bereiche, die durch Bürgerschaftliches Engagement Unterstützung finden können:

- **Kinder- und Jugendbetreuung**
Die Etablierung von Ganztageschulen fordert einen starken personellen Einsatz. Engagierte Bürgerinnen können hier die Kindergärten und Schulen wirkungsvoll unterstützen.
- **Seniorenbetreuung**
Durch die Veränderung der Altersstrukturen in der Bevölkerung bei gleichzeitiger Abnahme infrastruktureller Leistungen sind die Senioren zunehmend auf die Hilfe Dritter angewiesen. Das Ehrenamt kann hier maßgebliche Aufgaben übernehmen, beispielsweise bei der Pflege älterer Menschen, bei der Erledigung von Einkäufen, aber auch in der Unterstützung bei der täglichen Hausarbeit.
- **Übernahme kommunaler Aufgaben**
Die Kommunen sind in einer prekären finanziellen Lage. Freiwillige Leistungen die bisher noch durch Institutionen der Gemeinde erledigt werden, müssen in Zukunft aufgrund von Sparmaßnahmen reduziert oder entsprechende Gebühren für Nutzung und Dienstleistung erhoben werden.
Allerdings kann auch die Übernahme kommunaler Aufgaben durch die Bürger stattfinden. Dazu kann die Verwaltung gemeindlicher Einrichtungen wie z.B. der Dorfgemeinschaftshäuser gehören oder die Übernahme der Grünflächenpflege.
- **Nahversorgung**
Das Angebot im Bereich der Grundversorgung wird besonders im Bereich der kleinen Ortsteile ausgedünnt oder ist in einigen Kommunen nicht mehr vorhanden. Durch die Bürger können Möglichkeiten geschaffen werden, eine Grundversorgung aufrechtzuerhalten. Ein gutes Beispiel sind ehrenamtlich betriebene Nachbarschaftsläden, die auch in den Kommunen des Werra-Meißner-Kreises etabliert werden könnten.

5.7 Kommunale Finanzen

Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass die befragten Kommunen fiskalisch mit dem Rücken zur Wand stehen. Oftmals können nur noch Pflichtaufgaben realisiert werden; die freiwilligen Leistungen werden in erheblichem Umfang zurückgefahren.

Die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen, aber auch des Kreises zur Verbesserung der finanziellen Situation sind begrenzt.

Dennoch gibt es Ansatzpunkte, die eine kommunale Gestaltung zulassen:

- **Privatisierung kommunaler Aufgaben**
Zurückgehende Einnahmen und steigende Ausgaben zwingen die Kommunen zu erheblichen Sparmaßnahmen. Viele Projekte können nicht mehr finanziert werden. Obwohl von den Kommunalpolitikern in der Befragung als wenig aussichtsreich angesehen (siehe Abbildung 9), eröffnet die Beteiligung privater Investoren neue Möglichkeiten, Projekte und Konzepte zu realisieren.
- **Übertragung kommunaler Aufgaben an die Bürger**
(siehe unter 5.6 „Bürgerschaftliches Engagement“)
- **Interkommunale Kooperation**
Durch die interkommunale Zusammenarbeit ist ein Einsparpotenzial der Kommunen in einigen Sektoren realisierbar (siehe auch unter „Interkommunale Kooperation“)

Ferner fordern Bürgermeister und Fraktionsvorsitzende die Bundesregierung auf, die Kommunen zu entlasten. Stichworte dazu sind die Gemeindefinanzreform, Neuordnung der Gewerbesteuer etc. Aufgrund der überregionalen Entscheidungsprozesse wird auf diese Möglichkeiten nicht näher eingegangen.

5.8 Interkommunale Kooperation

Die befragten Bürgermeister und Fraktionen sehen in der interkommunalen Kooperation ein geeignetes Instrument, dem demographischen Wandel zu begegnen. In einigen Bereichen wird bereits heute schon interkommunale Zusammenarbeit praktiziert. Die finanzielle Situation wird die Kommunen zwingen, in Zukunft noch enger miteinander zu kooperieren.

Sowohl in der schriftlichen Befragung als auch in den Interviews wurden die Bürgermeister nach künftigen möglichen interkommunalen Handlungsfeldern gefragt. Deutlich wurde, dass insbesondere Themen mit einem großen Spannungsfeld zwischen den Kommunen als wenig kooperationsgeeignet befunden werden:

- Dorfgemeinschaftshäuser
- Wohnraumversorgung
- Interkommunale Wohngebiete

Diese Tabufelder für eine interkommunale Zusammenarbeit zeigen die derzeitigen Schranken Gemeindegrenzen überschreitender Gemeinsamkeiten im Werra-Meißner-Kreis auf. Für eine perspektivische Strategie können diese Felder als zentrale Felder der Siedlungsentwicklung nicht ausgespart werden. Denn wie sollen die Probleme der Schrumpfung und der Neuorganisation des kommunalen Lebens bewältigt werden, wenn eine gemeinsame Planung von Siedlungsgebieten (und ihre Rückentwicklung) nicht in Angriff genommen wird? Kann man mit einer Stückwerktechnologie und fallweisen Anpassungen eine strategische Aufstellung für die Zukunft gewinnen, ohne dass auch grundlegend über Siedlungsstrukturen und Bürgermeisterkonkurrenz nachgedacht wird?

Auf die Notwendigkeit der Einbeziehung dieser Handlungsfelder in die interkommunale Zusammenarbeit sei nochmals hingewiesen. Entsprechende Ausführungen finden sich in der Handlungsempfehlung 4.1 „Siedlungsentwicklung“.

Handlungsfelder die Möglichkeiten einer interkommunalen Kooperation bieten:

- Naherholung und Tourismus:
Wie aus beiden Auswertungen hervorgeht, sehen die Befragten vor allem im Tourismus ein geeignetes interkommunales Handlungsfeld. Die bisherige Vermarktung des Tourismus im Kreis wird von den Befragten als nicht optimal bezeichnet. Bei der Vermarktung muss auch mit den touristischen Angeboten der benachbarten Kreise und Städte geworben werden, da diese Angebote eine gute Ergänzung für den Individualtouristen bieten.
Zudem müssen für die Zukunft touristische Konzepte entwickelt werden, die für Tagesgäste, Kurzurlauber und neue Zielgruppen attraktiv sind.
Ferner sind die gesamten touristischen Einrichtungen (einschließlich Freizeiteinrichtungen) einer qualitativen Bewertung zu unterziehen.
- Gemeinsame Wohnraumpolitik
Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass keine gemeinsame Wohnraumpolitik betrieben wird. Zwischen den Kommunen findet ein Kampf um die Einwohner statt, in Einzelfällen ist für die Zukunft sogar die Neuausweisung von Wohngebieten geplant. Diese Strategie widerspricht dem künftigen Bedarf. Die Kommunen müssen eine gemeinsame Wohnraumpolitik betreiben. Dazu gehört auch Umsetzung einer Leerstandkartierung für jede Kommune (siehe auch 4.1).

- **Bauhöfe**
Eine Zusammenarbeit im Bereich der Bauhöfe ist ein guter Beginn interkommunaler Zusammenarbeit, um Vertrauen zu schaffen. Die vorliegenden Erfahrungen einzelner Kommunen können hier genutzt werden.
- **Infrastruktur**
Die Kommunen werden in Zukunft aufgrund von Sparzwängen zum Infrastrukturrückbau gezwungen sein. Durch die Kooperation benachbarter Städte und Gemeinden kann eine Aufgabenteilung erfolgen und somit die Infrastruktur flächendeckend erhalten werden (siehe auch 4.1).
- **Verwaltungskooperationen**
In den Kommunen muss über eine stärkere Kooperation der Verwaltungen nachgedacht werden. Damit verbunden sind auch erhebliche Einsparpotenziale. Die Folgen dürfen nicht in zu großem Umfang zu Lasten der Bürger gehen (Erreichbarkeit, Bearbeitungszeiten etc.).
Auch im Bereich der Beschaffungsmaßnahmen kann eine gemeinsame Kooperation zu Einspareffekten führen.
- **Interkommunale Gewerbegebiete**
Die Ergebnisse der Befragungen zeigen, dass eine zwischen den Kommunen nicht abgestimmte Politik zur Ansiedlung von Gewerbebetrieben geführt wird. Deutlich wird dies vor allem in den Aussagen zur Ausweisung von Gewerbegebieten.
Die Kommunen des Kreises könnten überlegen, wie eine kreisweite Entwicklung eingeleitet und die ruinöse Konkurrenz lokalen Kirchturmdenkens überwunden werden kann.
- **Gemeinsame räumliche Entwicklungskonzepte**
Zur Zusammenführung der verschiedenen Ideen, zur klareren Abstimmung untereinander und zur strategischen Bündelung in kommunalen und regionalen Leitbildern wird die Erarbeitung von gemeinsamen räumlichen Entwicklungskonzepten empfohlen.

5.9 Schlussempfehlungen

Die Auswirkungen des demographischen Wandels sind im gesamten Werra-Meißner-Kreis bereits deutlich spürbar; sie werden künftig nicht mehr zu übersehen sein. Der starke Bevölkerungsrückgang stellt die Kommunen vor große Herausforderungen. Dabei sind die Kommunen sowie ihre Ortsteile sehr unterschiedlich betroffen. Je frühzeitiger Strategien und Maßnahmen zur Bewältigung ergriffen werden, desto größer sind die verbleibenden Handlungsspielräume der Kommunen.

In erster Linie müssen die vorhandenen Infrastrukturen an die künftigen Gegebenheiten angepasst werden. Dies erfordert zum einen ein Überdenken von Standards und Lösungen. Zum anderen drängt es zur kooperativen Zusammenarbeit zwischen den Kommunen. Hier ist ein großes Umdenken erforderlich: Statt der kleinräumigen Perspektive muss eine überörtliche Perspektive entwickelt werden, um der regionalen Verantwortung gerecht zu werden. Nur gemeinsames, Gemeindegrenzen überschreitendes und abgestimmtes, strategisches Handeln führt zu den von den befragten Kommunalpolitikern erhofften Synergieeffekten. Egoistische Strategien vergrößern eher die Probleme, als dass sie kurzfristig Vorteile schaffen.

In diesem Zusammenhang ist eine Stärkung der regionalen Identität ein weiterer wichtiger Erfolgsfaktor. Ein neues „Wir-Gefühl“ kann dazu beitragen, das Kirchturmdenken zu überwinden und erfolgreich interkommunal und multisektoral zusammenzuarbeiten. Eine breite Öffentlichkeitsarbeit muss daher alle Schritte der Strategieentwicklung begleiten.

Bürgerschaftliches Engagement kann einen wichtigen Teil dazu beitragen, in Zukunft die Lebensqualität in der Kommune zu sichern. Zum Selbstverständnis gehört allerdings, dass sich hier die Bürger selbst helfen, ein angemessenes Wohnumfeld zu schaffen und nicht im Auftrag der Kommunen versuchen, deren Defizite auszugleichen.

Für die erfolgreiche Umsetzung der vorgenannten Aspekte sind folgende Schritte unerlässlich:

8. Bestands- und Problemanalyse:
Die Probleme müssen identifiziert und klar benannt werden. Nur so kann es zu einer Entwicklung von maßgeschneiderten Handlungsstrategien kommen, um den Herausforderungen des demographischen Wandel zu begegnen.
9. Konstruktive Bewältigung von Zielkonflikten
Die Erfahrungen aus anderen Kommunen zeigen, dass Zielkonflikte häufig unvermeidbar sind. Diese müssen konstruktiv, ggf. auch mit Hilfe eines Moderators, angegangen und möglichst einvernehmlich gelöst werden. Nur dann wird ein gemeinsames, effizientes Handeln ermöglicht.
10. Entwicklung von maßgeschneiderten Handlungsstrategien
Die Entwicklung von Handlungsstrategien ist notwendig, um gemeinsame Ziele zu definieren und Schritte zu ihrer Realisierung unternehmen und überprüfen zu können. Sie dienen den beteiligten Akteuren als Orientierung in den zum Teil komplexen Prozessen und führen zu maßgeschneiderten fachlichen Aussagen für die Städte und Gemeinden und ihre Ortsteile.
11. Selbstbindung in Leitbildern
Ziele und Handlungsstrategien sind zu Leitbildern zu komprimieren und durch kommunale Beschlüsse mit dem Charakter der Selbstbindung abzusichern.

12. Definition von Handlungsfeldern

Nur durch die klare Definition von Handlungsfeldern kann zielgerichtet und effektiv gehandelt werden. Dabei muss den unterschiedlichen Feldern die jeweilige zeitliche oder sachliche Priorität zugeordnet werden.

13. Kontinuierliches Monitoring

Ein kontinuierliches Monitoring ist erforderlich, um Informationen über aktuelle Veränderungen und Zielabweichungen zu erhalten.

14. Prüfen der Erfolge

Effizientes Handeln erfordert überprüfbare Ziele. Das Überprüfen der Erfolge ist notwendig, einerseits um die eingeschlagene Handlungsstrategie zu verifizieren oder zu korrigieren, andererseits aber auch wichtig, um die Motivation der beteiligten Akteure zu fördern.

Damit einhergehend kann auch die Entwicklung kommunaler Leitbilder und auch eines kreisweiten Leitbildes sein. Dabei muss berücksichtigt werden, die Bürger zu mehr Eigenverantwortung und Eigeninitiative zu befähigen und sie intensiv in die Diskussionsprozesse einzubinden.

Dies gilt als Grundvoraussetzung für die Entwicklung künftiger Entwicklungsplanungen. Selbstbestimmung und Eigenverantwortung müssen gestärkt und ausgebildet werden.

Unter Beachtung dieser Gesichtspunkte, immer mit dem Hintergrund eines nachhaltigen multisektoralen Ansatzes wird es den Kommunen des Werra-Meißner-Kreises gelingen, sich für die Zukunft geeignet aufzustellen.

Wir wünschen dem Werra-Meißner-Kreis, seinen Städten und Gemeinden ein gutes Gelingen!

6 Literatur

- Bertelsmann Stiftung 2005: Kommunen und Regionen im Demographischen Wandel – Bürgermeisterbefragung 2005. Gütersloh
- Bertelsmann Stiftung 2006: Wegweiser demographischer Wandel. online:
<http://www.wegweiserdemographie.de/prognose/> Zugriff am 30.04.2006
- BBR = Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2004: INKAR 2004. Bonn
- BBR 2005: INKAR 2005. Bonn
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2006: Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? München
- Birg, H. 2001: Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa. München
- Birg, H. 2005: Grundkurs Demographie in zehn Lektionen. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Februar - 4. März 2005
- Bose, M.; Wirth P. 2006: Gesund schrumpfen oder Ausbluten? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 21-22/2006, S. 18-24
- Eckert, R.; Hradil, S.; Sarcinelli, U. 2005: Folgen des demographischen Wandels aus der Sicht kommunaler und regionaler Entscheidungsträger. Mainz, Landau, Trier
- Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft Hessen mbH 2004: Bevölkerungsvorausschätzung für die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte bis 2050. – Wiesbaden
- Hahne, U. 2005: Regionale Prozesse gestalten. In: Zukünfte. Zeitschrift für Zukunftsgestaltung & vernetztes Denken. Heft 50, S. 4-6
- Hahne, U.; Jaensch, K.; Blume, L. 2005: Zwischen den Rändern – Regionsbildung heterogener Regionen: Der Raum Schwalm-Eder-West. In: Deutsches Institut für Urbanistik difu (Hg.): Zukunft von Stadt und Region. Band II: Perspektiven der Regionalisierung. Beiträge zum Forschungsverbund „Stadt 2030“. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 181-214
- Hessisches Statistisches Landesamt 2004: Bevölkerung in Hessen 2050. – Wiesbaden
- Knieling, J. 2000: Leitbildprozesse und Regionalmanagement. – Frankfurt/M. u. a.
- Prognos 2005: Familienatlas. Online-Publikation. <http://www.prognos.com>
- Thrun, Th.; Winkler-Kühlken, B.; Hübler, K.-H. 2005: Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern. BBR (Hg.), Werkstatt: Praxis, 38. Bonn
- Werra-Meißner-Kreis, Der Kreisausschuss (Hg.) 2004: Sozial- und Strukturdaten 2004. Eschwege

7 Anhang: Fragebogen

U N I K A S S E L
V E R S I T Ä T

Fachgebiet Nachhaltige Regionalentwicklung
FB 06 - Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung

Demographischer Wandel im Werra-Meißner-Kreis: Befragung der Kommunen zu Reaktionen und Perspektiven

Hinweise zum Ausfüllen des Fragebogens

Die Beantwortung des Fragebogens geschieht durch Ankreuzen von Kästchen () und durch die Beantwortung offener Fragen. Bitte beantworten Sie nach Möglichkeit jede Frage. Korrekturen kennzeichnen Sie bitte eindeutig und gut ersichtlich.

Sollte der Platz auf dem Fragebogen zum Beantworten einzelner Fragen nicht ausreichen, verwenden Sie bitte ein gesondertes Blatt, das Sie dem Fragebogen beifügen.

Bitte senden Sie den Fragebogen innerhalb der nächsten fünf Wochen **(bis spätestens 09.11.2005)** im beiliegenden Freiumschlag zurück.

Für Rückfragen stehen Ihnen Herr Sigel und Herr Vieth (Tel. 0561 / 98-1603) gerne zur Verfügung.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Kontakt:

Hans-Georg Sigel / Christian Vieth
Tel. 0561 / 804-1603
Fax 0561 / 804-3267
email: hahne@uni-kassel.de

Universität Kassel, Univ.-Prof. Dr. Ulf Hahne
Fachbereich 06 / ASL
Henschelstraße 2
34127 Kassel

Kommune:
Einwohnerzahl:
Fläche (in km²):

1. Bedeutung des demographischen Wandels

1.1 Wie groß schätzen Sie den Einfluss des demographischen Wandels auf die zukünftige Entwicklung Ihrer Kommune ein ? sehr wichtig nicht wichtig

1.2 Sind in Ihrer Stadt/Gemeinde die Folgen des demographischen Wandels für Ihre Kommune bekannt? ja nein

1.3 Wurde das Thema schon in den kommunalen Gremien behandelt ? ja nein

1.4 Wenn ja, seit wann und in welcher Form ? seit _ _ _ _

.....

.....

1.5 Ist Ihre Kommune in der Lage, mit den Auswirkungen des demographischen Wandels umzugehen? vollkommen gar nicht

1.6 Welche Auswirkungen sind schon spürbar?

.....

.....

.....

.....

1.7 Was wäre notwendig, damit Ihre Kommune den demographischen Wandel und dessen Folgen besser bewältigen kann? absolut notwendig gar nicht notwendig

Schärfung des öffentlichen Bewusstseins für den demographischen Wandel und dessen Brisanz für die Kommune

Verbesserung der Personalausstattung in der Kommune

Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Kommune

externe Unterstützung bei der Gestaltung des Prozesses zum Umgang mit dem demographischen Wandel vor Ort

	absolut notwendig	gar nicht notwendig
externe Unterstützung bei der Entwicklung von inhaltlichen Handlungskonzepten zum Umgang mit dem demographischen Wandel vor Ort	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
mehr interkommunale Zusammenarbeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
andere Aspekte:		
.....		
.....		

1.8 Sind Ihnen Bevölkerungsprognosen für Ihre Kommune / den Werra-Meißner-Kreis bekannt ja nein

1.9 Wenn ja, wie bewerten Sie diese Prognosen?

.....

.....

.....

.....

1.10 Von wem wird das Thema demographischer Wandel in Ihrer Kommune federführend bearbeitet?

.....

.....

2. Handlungsfelder

Geben Sie bitte zu den folgenden Themen/Handlungsfeldern Ihre Einschätzungen zur Wichtigkeit und zu den kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten an.

2.1 Wohnen und öffentliche Infrastruktur

		sehr hoch			sehr gering
Wohnungsleerstände	Wichtigkeit für Kommune	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	kommunale Gestaltbarkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Stadtentwicklung/Stadtplanung	Wichtigkeit für Kommune	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	kommunale Gestaltbarkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Infrastruktur-Rückbau	Wichtigkeit für Kommune	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	kommunale Gestaltbarkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ver- und Entsorgung	Wichtigkeit für Kommune	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	kommunale Gestaltbarkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
öffentlicher Nahverkehr	Wichtigkeit für Kommune	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	kommunale Gestaltbarkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2.2 Kinder- und Familienpolitik

		sehr hoch			sehr gering
Vereinbarkeit Familie und Beruf	Wichtigkeit für Kommune	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	kommunale Gestaltbarkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Jugendarbeit	Wichtigkeit für Kommune	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	kommunale Gestaltbarkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Jugendhilfe	Wichtigkeit für Kommune	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	kommunale Gestaltbarkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2.3 Bildung und Schule

		sehr hoch			sehr gering
Schulentwicklung	Wichtigkeit für Kommune	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	kommunale Gestaltbarkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
berufliche Qualifikation	Wichtigkeit für Kommune	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	kommunale Gestaltbarkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2.4 Seniorenpolitik und Altenplanung

		sehr hoch			sehr gering
altersgerechtes Wohnen	Wichtigkeit für Kommune	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	kommunale Gestaltbarkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mehrgenerationenwohnen	Wichtigkeit für Kommune	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	kommunale Gestaltbarkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2.5 Migration und Integration

		sehr hoch			sehr gering
soziale Eingliederung	Wichtigkeit für Kommune	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	kommunale Gestaltbarkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
berufliche Weiterbildung	Wichtigkeit für Kommune	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	kommunale Gestaltbarkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
gesellschaftliche Partizipation	Wichtigkeit für Kommune	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	kommunale Gestaltbarkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2.6 Sozialpolitik und soziale Stabilität

		sehr hoch				sehr gering
Armutsbekämpfung	Wichtigkeit für Kommune	<input type="checkbox"/>				
	kommunale Gestaltbarkeit	<input type="checkbox"/>				
bürgerschaftliches Engagement	Wichtigkeit für Kommune	<input type="checkbox"/>				
	kommunale Gestaltbarkeit	<input type="checkbox"/>				
Förderung sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen	Wichtigkeit für Kommune	<input type="checkbox"/>				
	kommunale Gestaltbarkeit	<input type="checkbox"/>				
sozialräumliche Segregation ("Ghettobildung")	Wichtigkeit für Kommune	<input type="checkbox"/>				
	kommunale Gestaltbarkeit	<input type="checkbox"/>				

2.7 Kultur, Freizeit und Sport

		sehr hoch				sehr gering
kommunales Kulturprofil	Wichtigkeit für Kommune	<input type="checkbox"/>				
	kommunale Gestaltbarkeit	<input type="checkbox"/>				
Freizeitangebote	Wichtigkeit für Kommune	<input type="checkbox"/>				
	kommunale Gestaltbarkeit	<input type="checkbox"/>				

2.8 Finanzen, Personal und Organisation

		sehr hoch				sehr gering
Beschäftigungsabbau im öffentlichen Dienst	Wichtigkeit für Kommune	<input type="checkbox"/>				
	kommunale Gestaltbarkeit	<input type="checkbox"/>				
Privatisierung/ Outsourcing	Wichtigkeit für Kommune	<input type="checkbox"/>				
	kommunale Gestaltbarkeit	<input type="checkbox"/>				
Public Private Partnership (PPP)	Wichtigkeit für Kommune	<input type="checkbox"/>				
	kommunale Gestaltbarkeit	<input type="checkbox"/>				
Interkommunale Zusammenarbeit	Wichtigkeit für Kommune	<input type="checkbox"/>				
	kommunale Gestaltbarkeit	<input type="checkbox"/>				

2.9 Andere Themen

.....

.....

.....

.....

2.10 Zum Abschluss dieses Frageblocks bitten wir Sie, von den oben genannten Themen die drei wichtigsten Themen anzugeben, die sich aus dem demographischen Wandel schon heute für Ihre Kommune ergeben.

1.

2.

3.

3. Vertiefende Fragen zum Thema Seniorenpolitik und Altenplanung

3.1 Verfolgt Ihre Kommune bereits eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik? ja nein

3.2 Gibt es in Ihrer Kommune eine Altenplanung? ja nein

3.3 Wer beschäftigt sich in Ihrer Kommune mit dem Thema Seniorenpolitik und Altenplanung?

.....

3.4 Welchen Stellenwert besitzt die Seniorenpolitik und Altenplanung für Ihre Kommune derzeit? sehr hoch sehr gering

3.5 Wie beurteilen Sie die Wichtigkeit folgender Aspekte für eine moderne Seniorenpolitik und Altenplanung?

	sehr hoch				sehr gering
Bereithaltung von Einrichtungen der Gesundheitsförderung, Prävention, Rehabilitation, Pflege etc.	<input type="checkbox"/>				
Altersgerechte Wohnformen, barrierefreies Wohnen	<input type="checkbox"/>				
Aktive Förderung der Potenziale älterer BürgerInnen	<input type="checkbox"/>				
Aktive Förderung und Einbindung älterer BürgerInnen für bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement	<input type="checkbox"/>				

3.6 Welche Ziele verfolgen Sie für die Realisierung einer modernen Seniorenpolitik und Altenplanung in Ihrer Kommune?

	trifft vollkommen zu				trifft gar nicht zu
Konzentration räumlicher Schwerpunkte für Senioren	<input type="checkbox"/>				
Ausbau von Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation für ältere BürgerInnen	<input type="checkbox"/>				
Beteiligung älterer BürgerInnen an Planungsprozessen	<input type="checkbox"/>				
aktive Förderung der Potenziale der älteren BürgerInnen	<input type="checkbox"/>				
aktive Förderung und Qualifizierung älterer BürgerInnen für bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement	<input type="checkbox"/>				

4. Vertiefende Fragen zum Thema Kinder- und Familienpolitik

4.1 Ist die Kinder- und Familienpolitik bereits ein Standortfaktor für Ihre Kommune?

ja nein

4.2 Falls ja, was tun Sie in Ihrer Kommune dafür?

.....
.....
.....
.....

4.3 Gibt es spezifische Förderangebote in Ihrer Kommune?

ja nein

4.4 Falls ja, welche?

.....
.....
.....
.....

4.5 Erhalten Sie dafür eine Unterstützung aus Kreis-, Landes- oder Bundesmitteln?

ja nein

4.6 Wenn ja, welche?

.....
.....
.....

4.7 Wer bearbeitet das Thema Kinder- und Familienpolitik in Ihrer Kommune?

.....
.....

4.8 Welche Angebote der Kinder- und Familienpolitik gibt es in Ihrer Kommune?

.....
.....
.....
.....

4.9 Stehen diese Angebote in allen Ortsteilen zur Verfügung?

ja nein

4.10 Welche weiteren Angebote sollten in Zukunft geschaffen werden, wo sehen Sie den größten Handlungsbedarf?

.....
.....
.....
.....

4.11 Wie beurteilen Sie die Wichtigkeit folgender Aspekte für eine moderne Kinder- und Familienpolitik in Ihrer Kommune?

	sehr wichtig				sehr unwichtig	
Vereinbarkeit Familie und Beruf	<input type="checkbox"/>					
familiengerechte Wohnungs- und Wohnumfeldpolitik	<input type="checkbox"/>					
familiengerechte Verkehrspolitik	<input type="checkbox"/>					
Freizeitgestaltung für Familien	<input type="checkbox"/>					
bedarfsgerechte Kinderbetreuung	<input type="checkbox"/>					
Jugendhilfe	<input type="checkbox"/>					
Beratung und Hilfen für Familien	<input type="checkbox"/>					
Engagement der Unternehmen	<input type="checkbox"/>					
Gesundheitsprävention speziell für Kinder und Familien	<input type="checkbox"/>					

5. Vertiefende Fragen zum Thema Kommunale Finanzen

5.1 Wie beurteilen Sie die derzeitige finanzielle Situation Ihrer Kommune? sehr gut sehr schlecht

5.2 Wie hat sich die Situation im Zeitverlauf der letzten fünf Jahre verändert? (z.B. Gibt es noch freie Haushaltsspitzen, Entwicklung der Steuereinnahmen)

.....
.....
.....
.....

5.3 Können öffentliche Leistungen, die heute noch durch die Kommune erbracht werden, auch in Zukunft noch bereitgestellt werden? ja nein

5.4 Müssen die Mittel flexibler gehandhabt werden können, d.h. nicht nur zweckgebundene Zuweisungen? ja nein

5.5 Können Investitionen oder Vorhaben innerhalb Ihrer Kommunen noch realisiert werden, welche Schwierigkeiten gibt es? ja nein

.....
.....
.....
.....

5.6 Wie werden sich Ihrer Meinung nach unter den Bedingungen des demographischen Wandels die Einnahmen und Ausgaben in den nächsten Jahren in ihrer Kommune entwickeln?

.....
.....
.....
.....

5.7 Wie wird sich die Einnahmestruktur verändern (z.B. Veränderungen in den Einnahmearten: Steuern, Gebühren, Beiträge, Zuweisung, Verschuldung)?

.....
.....
.....
.....

5.8 Wie wird sich die Struktur der Ausgaben verändern (z.B. weitere Reduzierung freiwilliger Leistungen, Personalabbau)?

.....
.....
.....
.....

5.9 Wo liegen in Zukunft die Schwerpunkte kommunaler Ausgaben in Ihrer Kommune?

.....
.....
.....
.....

5.10 Ist die Finanzierung bestimmter Aufgaben in Ihrer Kommune besonders gefährdet?

.....
.....
.....
.....

5.11 Welche Dienstleistungen in Ihrer Kommune müssen möglicherweise verstärkt über Gebühren finanziert werden?

.....
.....
.....
.....

6. Vertiefende Fragen zum Thema Interkommunale Kooperation

6.1 Glauben Sie, dass Interkommunale Kooperation grundsätzlich ein geeignetes Mittel zur Bewältigung kommunaler Aufgaben und Probleme ist?

ja nein

6.2 Liegen bereits Erfahrungen mit interkommunaler Zusammenarbeit vor?

ja nein

6.3 Wenn ja, mit wem?

.....
.....
.....
.....

6.4 Auf welchen Feldern?

.....
.....
.....
.....

6.5 Welche Erkenntnisse haben Sie dabei gewonnen?

	trifft vollkommen zu					trifft gar nicht zu				
Organisatorischer Mehraufwand	<input type="checkbox"/>									
Rechtliche Unsicherheiten	<input type="checkbox"/>									
Mangel an Kommunikation	<input type="checkbox"/>									
Unterschiedliche Leistungsfähigkeit möglicher Kooperanten	<input type="checkbox"/>									
Unterschiedliche Leistungsbereitschaft möglicher Kooperanten	<input type="checkbox"/>									
Verlust an eigener Gestaltungsfreiheit	<input type="checkbox"/>									
Verlust an Bürgernähe	<input type="checkbox"/>									
Ungleiche Berücksichtigung von Interessen	<input type="checkbox"/>									
Nutzung von Größenvorteilen	<input type="checkbox"/>									
Einsparung von Bau- und Sachkosten	<input type="checkbox"/>									
Einsparung von Personalkosten	<input type="checkbox"/>									
Erhalt von Fördermitteln	<input type="checkbox"/>									

	trifft vollkommen zu						trifft gar nicht zu
Nutzung von Synergien	<input type="checkbox"/>						
Vermeidung gegenseitiger Konkurrenz	<input type="checkbox"/>						
Steuerliche Probleme	<input type="checkbox"/>						
Handlungsdruck	<input type="checkbox"/>						
Steigerung der kommunalen Leistungsfähigkeit im Bereich							

.....

Angebots- oder Qualitätsverbesserung im Bereich

.....

6.6 Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche interkommunale Kooperation

	stimme voll zu						lehne völlig ab
gemeinsame Interessen	<input type="checkbox"/>						
Persönlichkeiten / Promotoren	<input type="checkbox"/>						
Engagement der Akteure	<input type="checkbox"/>						
ausgewogenes Kosten-Nutzen-Verhältnis	<input type="checkbox"/>						
Vertrauen	<input type="checkbox"/>						
günstige politische Rahmenbedingungen	<input type="checkbox"/>						
Mehrwert, erkennbare Erfolge	<input type="checkbox"/>						
klare Regeln, Verbindlichkeiten	<input type="checkbox"/>						
Spielräume	<input type="checkbox"/>						
gute Projekte	<input type="checkbox"/>						
Fördermittel/-programme	<input type="checkbox"/>						
externe Moderation	<input type="checkbox"/>						

6.7 In welchen Handlungsfelder könnten Sie sich vorstellen, eine Zusammenarbeit mit anderen Kommunen zu beginnen, bzw. zu intensivieren?

	sehr gut vorstellbar						nicht vorstellbar
Tourismus	<input type="checkbox"/>						
Grund- und Nahversorgung	<input type="checkbox"/>						
Wirtschaftsförderung	<input type="checkbox"/>						
Wohnraumversorgung	<input type="checkbox"/>						
Mobilität und Verkehr	<input type="checkbox"/>						
Gemeinsame Nutzung von Infrastruktur	<input type="checkbox"/>						
Bildung/ Weiterbildung/Jugend	<input type="checkbox"/>						
Freizeit und Kultur	<input type="checkbox"/>						
Dorfgemeinschaftshäuser	<input type="checkbox"/>						
Kulturlandschaft/Landschaftspflege	<input type="checkbox"/>						
Regenerative Energien	<input type="checkbox"/>						
Siedlungsentwicklung/Freiraumplanung	<input type="checkbox"/>						
Kooperationsmöglichkeiten in der Verwaltung	<input type="checkbox"/>						
Öffentlichkeitsarbeit	<input type="checkbox"/>						
Regional- und Stadtmarketing	<input type="checkbox"/>						

Gemeinsames Leitbild
 Interkommunale Gewerbegebiete
 Bauhöfe
 Großgeräte
 Interkommunale Wohngebiete

sehr gut vorstellbar						nicht vorstellbar
<input type="checkbox"/>						
<input type="checkbox"/>						
<input type="checkbox"/>						
<input type="checkbox"/>						
<input type="checkbox"/>						

6.8 Wie wichtig sind dabei die folgenden Aspekte?

Knappheit an (geeigneten) Flächen
 Unterauslastung von Infrastruktur
 Fehlende Infrastruktur
 Mangel an Arbeitsplätzen bzw. Gewerbesteuereinnahmen
 Sicherung innerörtlicher Versorgung
 Leerstände im Bereich
 Positive Außenwirkung
 Nutzung von Synergien
 Vermeidung gegenseitiger Konkurrenz
 Nutzung von Größenvorteilen
 Sicherstellung der Aufgabenerfüllung
 Einsparung von Bau- und Sachkosten
 Einsparung von Personalkosten
 Erhalt von Fördermitteln

sehr wichtig						sehr unwichtig
<input type="checkbox"/>						
<input type="checkbox"/>						
<input type="checkbox"/>						
<input type="checkbox"/>						
<input type="checkbox"/>						
<input type="checkbox"/>						
<input type="checkbox"/>						
<input type="checkbox"/>						
<input type="checkbox"/>						
<input type="checkbox"/>						
<input type="checkbox"/>						
<input type="checkbox"/>						

7. Leitbild / Kommunales Profil

7.1 Gibt es ein Leitbild oder wird ein zukunftsorientiertes Leitbild für Ihre Kommune erarbeitet?

ja nein

7.2 Falls ja, in welcher Form und wer ist daran beteiligt?

.....
.....
.....
.....

7.3 In welchen Bereichen sehen Sie die größten Stärken Ihrer Kommune hinsichtlich der Bildung eines kommunalen Profils?

.....
.....
.....
.....

7.4 Welche Chancen sehen Sie für die Entwicklung eines gemeinsamen Leitbildes mit benachbarten Kommunen unter dem Aspekt der interkommunalen Kooperation?

.....
.....
.....
.....

7.5 Wie beurteilen Sie die mögliche Entwicklung eines kreisweiten Leitbildes?

.....
.....
.....
.....

8. Abschlussfragen

8.1 Sehen Sie aufgrund der künftigen Entwicklungen einen generellen Unterstützungsbedarf für Ihre Kommune?

ja nein

8.2 Wenn ja, in welchen Handlungsfeldern/Bereichen?

.....
.....
.....
.....

8.3 In welcher Form könnte die Unterstützung stattfinden?

.....
.....
.....
.....

Dieser Fragebogen wurde ausgefüllt von:

Name:

Amt:

Funktion:

PLZ / Ort:

Straße:

Telefon:

Fax:

Email: